

M31
2012-03-31

Times

BREMEN, GÖTTINGEN,
HANNOVER, KÖLN.

ZEITUNG GEGEN DEN KAPITALISTISCHEN NORMALZUSTAND

FRÜHJAHR 2012

Diese Ausgabe ist ein gemeinsames Projekt der Basisgruppe Antifaschismus Bremen, der Gruppe Fast Forward Hannover, dem Antifa AK Köln und dem Antikapitalistischen Krisenbündnis Göttingen.

Interview mit einer Genossin aus dem
Frankfurter M31-Vorbereitungskreis

„Massive Proteste!“

Für dieses Jahr planen verschiedene Bündnisse auch in Deutschland Krisenproteste. Ein Bündnis linksradikaler Gruppen und Basisgewerkschaften aus mehreren europäischen Ländern ruft zu einem europaweiten antikapitalistischen Aktionstag gegen die EU-Krisenpolitik auf und schreibt sich auf die Fahnen, „massive Proteste“ organisieren zu wollen. Stattfinden soll der Aktionstag am 31. März 2012 – das Datum ist zugleich namensgebend für das Bündnis „M31“. Schauplatz der Aktion in der BRD wird Frankfurt am Main sein. Ein weiteres – hauptsächlich von der Interventionistischen Linken (IL) initiiertes – Bündnis möchte im Mai gleich eine ganze Woche die Bankenstadt Frankfurt zum Ort der Auseinandersetzung machen. Marian Fischer hat mit Sandra gesprochen, die an der Organisation des Aktionstags am 31. März beteiligt ist.

Kannst du einleitend kurz euer Bündnis vorstellen? Wer ist daran beteiligt und wie kam es zustande?

M31 ist ein europaweiter Zusammenschluss von linksradikalen Gruppen, Organisationen und Basisgewerkschaften, die für den 31. März 2012 unter dem Motto „European Day of Action against Capitalism“ zu einem Aktionstag aufrufen. Beteiligt sind zurzeit Gruppen und Organisationen aus dem (post-)autonomen Spektrum und aus Basisgewerkschaften in Deutschland, Griechenland, Belgien, Österreich, Spanien, den Niederlanden und Polen. Des Weiteren haben Gruppen aus Italien, Dänemark und Frankreich Interesse bekundet. Zusammengefunden haben wir, nachdem wir mit unserem lokalen Bündnis – dem Krisenbündnis Frankfurt – im November befreundete Gruppen und Organisationen zu einem ersten europaweiten Treffen nach Frankfurt eingeladen haben. Dort haben wir unsere Ideen für den Aktionstag gemeinsam diskutiert

und schnell herausgefunden, dass wir uns alle in Bezug auf die inhaltliche Basis sowie den Wunsch nach einer grenzübergreifenden Vernetzung und Zusammenarbeit einig waren. Ziel unserer gemeinsamen Arbeit ist der Kampf gegen die autoritären und reaktionären

Get rich or die trying!

Eine Annäherung an Krisenprozesse und Staatsschulden

Worst comes to worst

Es sind harte Zeiten in Europa. Griechenland hat nahezu seine Souveränität über staatliche Maßnahmen an die EU bzw. die Troika abgeben müssen, weil sich seine Staatsschuld in einem Bereich bewegt, in dem nicht einmal mehr die Zinsen durch weitere Kredite gedeckt werden können. Griechenland hat infolge dessen am 12. Februar 2012 sein zweites Reformpaket verabschiedet, das weitere drastische Sparmaßnahmen in Höhe von 325 Mrd. für die Gesellschaft zur Folge haben wird. Nicht nur der erkämpfte Mindestlohn soll dabei erheblich gesenkt werden, auch staatliche Institutionen und ihre Beschäftigten müssen Federn lassen. Die EU und damit vor allem Deutschland üben massiven Druck auf das Land an der Ägäis aus. Entweder es werde radikal gespart oder ihm werde der Geldhahn aus Brüssel zugekehrt. Während das zweite Reformpaket im Parlament verabschiedet wurde, verschafften sich die zahlreichen GegnerInnen der Reformen mit unterschiedlichen Mitteln Gehör: Generalstreiks, Blockaden, Besetzungen wurden organisiert, Banken brannten, Supermärkte wurden geplündert oder entglast. In Athen hingen noch am nächsten Morgen Rauchschwaden vom Tränengas der Polizei in der Luft. Leider hat es dabei auch sehr viele Verletzte gegeben.

Doch während die Proteste in Griechenland immer massiver werden, gilt in Deutschland „business as usual“. Sparen ist dabei die oberste politische Direktive mit Verfassungsrang. „Schaffe, schaffe – Häusle baue“ ist dabei nicht nur eine den Schwaben zugeschriebene Maxime, sondern das „Prinzip der schwäbischen Hausfrau“ (Merkel) soll auf die gesamte Gesellschaft übertragen werden. Es kann demnach nur das ausgegeben werden, was auch eingenommen wird. Für einen privaten Haushalt mag diese These im Kapitalismus ja stimmen, wenn dieser keinen Kredit aufnehmen will oder kann. Einer ganzen Gesellschaft zu erklären, dass, obwohl immer redlich im sozialpartnerschaftlichen Sinne agiert und brav Steuern bezahlt wurden, eine weitere Sparrunde bei Reallohnen bevorstehen soll, bringt dann aber selbst den DGB-Chef Sommer zu einer Äußerung, die in Richtung Streik gedeutet werden könnte. Selbst Ursula von der Leyen (CDU und Bundesarbeitsministerin) möchte, dass die Unternehmer ihren ArbeiterInnen etwas mehr Lohn zukommen lassen. Die Reallohnentwicklung im Verhältnis zum Preisniveau nimmt seit Jahr-

zehnten jedoch latent ab. Trotzdem sollen weiterhin Leih- und Kurzarbeit als arbeitspolitische Maßnahme ausgeweitet werden. Hauptsache die Arbeitsproduktivität steigt und die Arbeitslosenstatistik sinkt. Trotz nationaler Verteilungskämpfe, die wie gewohnt geordnet verlaufen, erreicht Deutschland sein Wachstumsziel ein um das andere mal. Der Exportweltmeister der Herzen hat also nichts zu befürchten außer „diese dreisten Griechen“, die am Tropf der Deutschen hängen. „Griechenland raus aus dem Euro“ ist immer wieder von Talkshowprofis wie Ifo-Institutsleiter Hans-Werner Sinn und Co. zu hören. Wolfgang Schäuble geht davon aus, dass Griechenland ein Fass ohne Boden sei. Ganz gewitzt ist jedoch Hans-Olaf Henkel (ehemaliger Präsident des BDI), der die Euroregion sogar währungstechnisch spalten möchte. Er schlägt vor, Deutschland solle zusammen mit stabilen und produktiven Ländern eine starke Währung erhalten, während die anderen europäischen Staaten, die nicht so produktiv sind, ihre Variante des Euros abwerfen könnten und somit wieder wettbe-

**march 31st
2012:
european
day
of
action
against
capitalism**

werbsfähig würden. Er will damit einen Peripherie-Euro, damit primär Deutschland keine Verantwortung mehr für wirtschaftsschwache Staaten und deren Schulden übernehmen muss.

Doch egal ob der Vorschlag lautet, die Drachme wieder einzuführen, den Euro zu spalten oder zu sparen bis zum bitteren Ende, die Devise heißt: als Absatzmarkt seid ihr vielleicht interessant für Deutschland, aber eure Staatsschulden gefährden das Vertrauen in den Euro, von dem „wir“ profitieren. Bitte haltet nicht die Länder auf, die etwas leisten wollen, nur weil ihr es nicht könnt. So oder so ähnlich können die chauvinistischen Positionen gegenüber Griechenland kurz zusammengefasst werden.

Widersprüche en masse

Um die Krisenprozesse auf den unterschiedlichen Ebenen und ihre zugrunde liegenden Mystifikationen adäquat bestimmen zu können, werden wir euch an dieser Stelle nicht ersparen können, kurz die Wertformanalyse als Basic zu allen Krisenmomenten aufzuführen.

Primär zählt im Kapitalismus nicht, was produziert wird, sondern nur, dass es die Qualität besitzt auf dem Markt getauscht zu werden. Selbstverständlich muss das Produkt für die/den KäuferIn einen Zweck erfüllen, also irgendein Bedürfnis befriedigen, sonst würde sie/er es ja nicht kaufen. Aber anstatt gemeinsam zu überlegen, was eine Gesellschaft braucht oder haben möchte, wird diese Funktion im Rahmen des Marktes abgewickelt. Was jedoch bei einem Tausch auf dem Markt passiert, vollzieht sich hinter dem Rücken und ohne Wissen der Tauschenden. Die Dinge verhalten sich dabei zueinander als Wertgrößen. Die Wertgröße eines Produkts wird dabei bestimmt durch die einzelne aufgewendete Arbeitszeit im Verhältnis zur gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit. Dies ist das Maß der Austauschverhältnisse der Dinge. Da diese gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit von Menschen aufgebracht wird, verhalten sich die Tauschenden zueinander wie die Dinge, die sie tauschen.

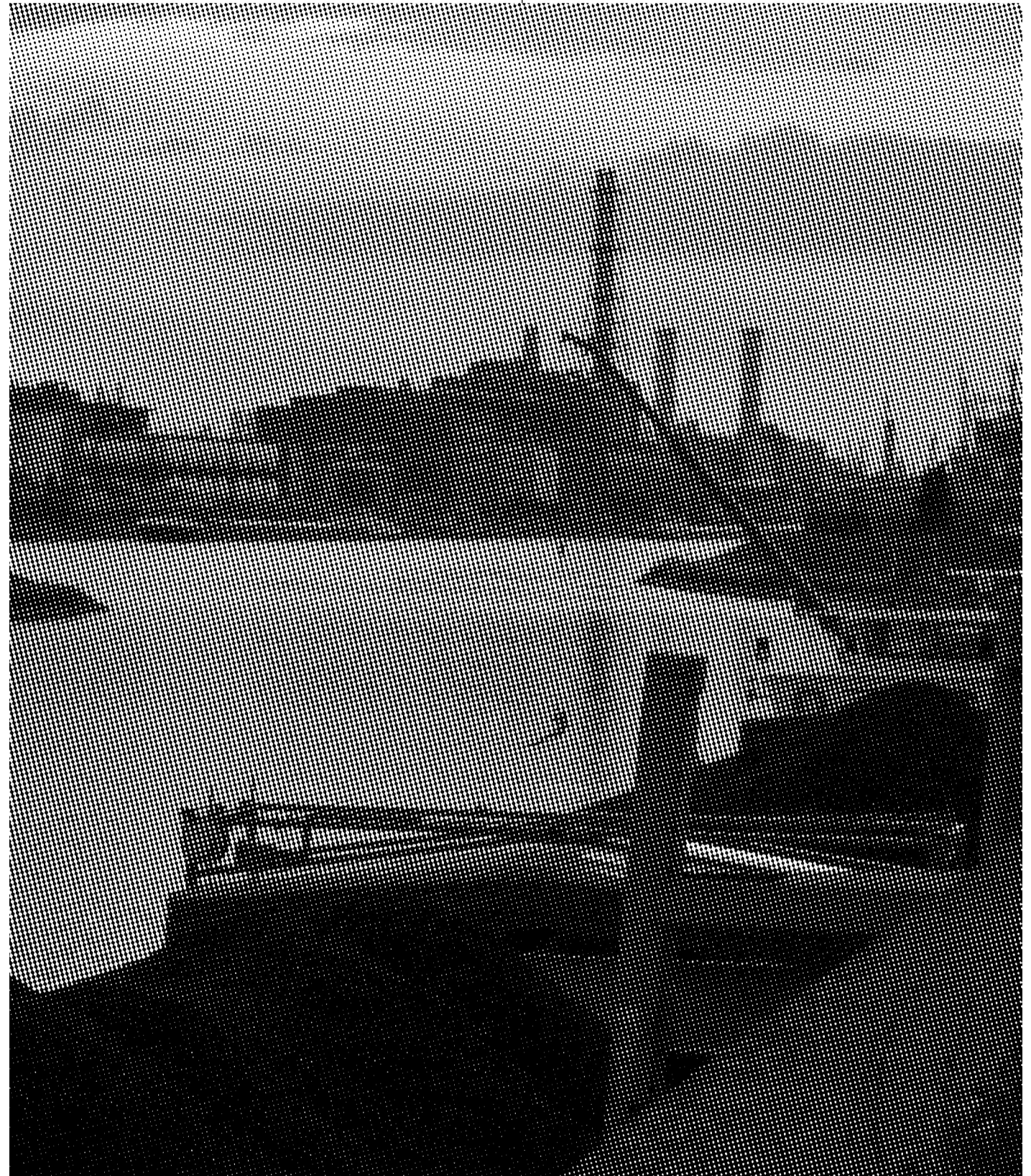
Sie tauschen abstrakte Arbeitsquanten, die sich als Zeichen ihrer Wertgrößen einen Preis anheften. Der Preis, den die ProduzentInnen verlangen, schwankt jedoch um den Wert und ist nicht selbst Ausdruck des Werts. Erst wenn der Tausch vollzogen wurde, realisiert sich der Wert für den/die ProduzentIn. Ist der Preis zu hoch und gibt es genügend andere AnbieterInnen, muss sich der/die Produzierende etwas einfallen lassen. Entweder er/sie wird produktiver und kann die Verausgabung der Arbeitszeit pro Produkt senken, um konkurrenzfähig zu werden oder er/sie kann seine /ihre Produkte nicht mehr absetzen. Hier ist schon ein zentrales Krisenmoment enthalten, weil es den/die ProduzentIn und damit sein/ihr Überleben unmittelbar gefährdet. Damit ist die Produktion für den Tausch selbst schon eine Spekulation auf dem Markt.

Hier werden gesellschaftliche Äquivalente getauscht, so z.B. Brot gegen Eier, Zwiebeln gegen Wurst, Schnaps gegen Werkzeug usw. Es stellt sich für die Menschen so dar, als sei dies die natürliche Bestimmung menschlicher Verkehrsweisen schlechthin.

Es ist jedoch schlichtweg der bürgerlichen Ideologie geschuldet, dass dies die natürliche Bestimmung gesellschaftlicher Verkehrsweisen sein soll. Wenn in diese Tauschakte Geld eingeführt wird, so vermuten bürgerliche Ökonomen noch heute, geschehe dies historisch, weil es einfacher wurde, damit zu tauschen. Geld ist aber nicht einfach nur entstanden, weil es einfacher ist, damit zu hantieren, sondern weil es die Qualität beinhaltet, selbst Wertding zu sein. Die Wertgrößen aller Waren lassen sich in Geld ausdrücken. „Geld regiert die Welt“ heißt es immer so banal. Aber Geld vermittelt die Tauschakte der Welt und regiert nicht. Was als apersonaler, aber durch Menschen vermittelter Zwang regiert, ist der Wille aus Geld Mehrgeld zu machen, Profite zu erwirtschaften und dies im Rahmen der Verhältnisse auch zu müssen. Es ist damit eine Notwendigkeit im Kapitalismus verbunden, die zugleich bewusste Handlungen voraussetzt. Dies ist die Triebfeder des Kapitalismus. Das Geld selbst will nichts und kann auch nichts, außer den gesellschaftlichen Warenverkehr vermitteln. Ist die Gesellschaft eine warenproduzierende, entfaltet sich der Kapitalismus als universale Vergesellschaftungsform, die alle anderen Produktionsformen verdrängt. Und auch die Mystifikationen, in denen die von den Menschen geschaffenen Verhältnisse als Herrschaft der Dinge erscheinen, nehmen im entfalteten Kapitalismus besondere Formen an. Im bürgerlichen Denken wird die Sphäre der Produktion und Zirkulation voneinander abgespalten, durch Individuen geschaf-

fene gesellschaftliche Praxen naturalisiert („das war schon immer so“) und jede Form von Eigentum habe, wenn man es nur richtig einsetze, die Qualität Profit zu machen. Zinstragendes Kapital ist dabei, wie Marx formuliert, die „Mutter aller verrückten Formen“.

Doch vermittelt Geld nicht immer Austauschakte. Funktioniert es als Schatz, wird es aus der Zirkulation gezogen und ruht. Der stoffliche Reichtum wird damit aus dem Geldumlauf entzogen und z.B. für schlechtere Zeiten aufgehoben, um zukünftige Rechnungen usw. bezahlen zu können. In einem anderen Fall nehmen Zentralbanken Geld aus dem Kreislauf, um damit die Zinssätze positiv zu beeinflussen. Neben der Funktion als Schatz ist Geld auch Zahlungsmittel. Als Zahlungsmittel muss es nicht Geldform annehmen, sondern es reicht aus, als zukünftiges Zahlungsverprechen rechtlich garantiert zu sein. Erst wenn das Geld zu einem festgelegten Termin wieder beim Verkäufer landet, ist der Prozess ab-



geschlossen. Gerade Verbindlichkeiten beinhalten ein hohes Krisenpotential für die kapitalistische Produktion, weil das Geld nur noch als Rechengeld existiert. Da nicht nur zwei Personen involviert sind, sondern Zahlungsverprechen von A zu B zu C zu D usw. vorgenommen werden können, ist es eine Frage der Zeit, bis die Zahlungskette reißt, weil irgendwer in dieser Kette nicht bezahlen konnte. Dies ist der Moment, an dem die Liquidität der einzelnen Akteure in Frage gestellt wird. Die Sub-Prime Krise 2007 in den USA hat auf Banken- und Versicherungsebene dieses Reißen der Zahlungsketten offenbart. Neben der Spekulation am US Immobilienmarkt wurden politisch beförderte NINJA-Kredite (no income no job-Kredite) mit hohem Ausfallrisiko in Wertpapiere eingeflochten. und als Risikoabschreibungen der Banken in den Bilanzen vermeintlich „neutralisiert“. Durch die leicht zu erlangenden Kredite und Mehrfachbelastungen z.B. doppelte Hypotheken auf Häuser etc. wurde die Konsumnachfrage in den USA ausgeweitet. Die nicht gedeckten Papiere wurden

Krisenpolitiken der einzelnen Nationalstaaten und der Troika aus EU-Kommission, EZB und IWF.

Das Bündnis besteht hauptsächlich aus dezidiert anti-kapitalistischen Gruppen. Ist von eurer Seite auch eine Ausweitung auf andere Spektren und Bewegungen angedacht?

Natürlich. Bei allen Unterschieden sind wir grundsätzlich mit jeder Form des emanzipatorischen Protestes gegen die kapitalistische Zurichtung solidarisch. Wir freuen uns über alle Initiativen, die sich unserem Projekt anschließen wollen, und unterstützen auch die Aktionen anderer Zusammenschlüsse. Da sollte sich ohnehin niemand Illusionen machen: Mit einer Aktion alleine werden wir alle an der autoritären Krisenpolitik nichts ändern. Insofern begreifen wird die Aktion am 31. März als hoffentlich kraftvollen Auftakt für eine ganze Reihe von weiteren Aktionen im Laufe des Jahres 2012.

Trotzdem hoffen wir auch für den 31. März noch, dass sich uns Initiativen aus dem antirassistischen Kontext oder dem Spektrum der linken GewerkschafterInnen anschließen werden.

Du sagst, dass die Krise euer gemeinsamer Arbeitskontext sein wird, habt ihr euch auf eine Analyse und Interpretation der Krisendynamik geeinigt?

Zuerst halten wir die Krise nicht für einen zufälligen Fehler, sondern für eine strukturelle Begleiterscheinung des Kapitalismus. Solange die Maximierung der Profite das Leitmotiv der Gesellschaft ist, wird eine Krise auf die nächste folgen. Wollen wir uns also ernsthaft und auch dauerhaft gegen die negativen sozialen Folgen der kapitalistischen Krisen und ihrer politischen Regulierung wenden, müssen wir diese gesamte irrationale Produktionsweise überwinden. Medien und Politik wollen uns weismachen, dass die immer neuen Notprogramme der einzige Weg sind, um die Krise zu

bewältigen. Gedroht wird mit Zusammenbruch, Rezession und Armut, aber gleichzeitig werden mit dieser Katastrophenrhetorik in fast allen europäischen Ländern marktradikale Reformen durchgesetzt. Kurzarbeitergeld, Erhöhung des Rentenalters bei gleichzeitiger Kürzung der Bezüge, tiefgehende Einschnitte in die sozialen Sicherungssysteme – das sind nur einige Beispiele dafür, wie die Krise auf Kosten der Lohnabhängigen und sozial Schwächeren gelöst werden soll. Indem in der EU auf einen brutalen Sparkurs gesetzt wird, um die Profite der Privatwirtschaft zu sichern, wird genau die destruktive Logik des Kapitalismus bestätigt. Für dieses ständige Krisenmanagement, das nicht nur von den Banken, sondern maßgeblich von den politischen Institutionen der Troika durchgesetzt wird, wollen wir unser Leben nicht verschwenden.

Wie würdest du vor diesem Hintergrund die Zielsetzung eures Aktionstages beschreiben? Was versteht ihr unter „massiven Protesten“ und was wollt ihr konkret damit erreichen?

Unsere Stoßrichtung geht genau genommen in mindestens zwei Richtungen: Zum einen möchten wir ein deutliches Zeichen gegen das autoritäre Krisenmanagement von EU und Troika setzen, das momentan ja maßgeblich von Deutschland vorangetrieben wird. Dagegen machen wir eine grenzübergreifende Perspektive der Selbstorganisation stark, die sich auch gegen die nationalistische Stimmungsmache gegenüber den Lohnabhängigen in den südeuropäischen Ländern und die Abschottung der EU-Außengrenzen richtet. Am 31. März sind in mehreren europäischen Staaten Aktionen und Demonstrationen geplant. Sehr wichtig ist uns außerdem, mit einer europaweiten Diskussion und Vernetzung über die übliche linke Symbolpolitik hinauszugehen. Wir wollen uns langfristig und außerhalb der staatstragenden Institutionen organisieren und dafür auch über die Spektrengrenzen hinaus mobilisieren. Dabei setzen wir auf die Anbindung unserer Aktionen an die konkreten Auseinandersetzungen und Konflikte vor Ort.

Und an welche Auseinandersetzungen knüpft ihr da in Frankfurt an?

Naja, dass die Großbaustelle im Frankfurter Ostend, das traditionell eher von sozial Schwächeren bewohnt ist, einen enormen Aufwertungsschub ausgelöst hat, ist ja kein Geheimnis und passt in der Tendenz in die Stadtentwicklung, die von dem Image der internationalen Bankenmetropole leben soll und in der überbezahlte Mieten die Regel sind. Zwar gibt es hier bisher keine eigenständige Protestbewegung, aber die Themen werden im städtischen Diskurs inzwischen sehr kontrovers diskutiert und durch die Verschärfung der sozialen Einschnitte ist hier auch noch zunehmender Unmut zu erwarten. International gestaltet sich diese Anknüpfung aber sehr unterschiedlich. In Thessaloniki werden z.B. die Kämpfe gegen die Privatisierung der Wasserversorgung ein Punkt sein.

Warum ist euch diese grenzübergreifende Perspektive so wichtig?

Bereits der Erfahrungsaustausch auf unserem ersten europaweiten Treffen hat uns deutlich gemacht, dass der unterschiedliche Krisenverlauf in den einzelnen Ländern die Gruppen und Organisationen mit sehr verschiedenen Herausforderungen konfrontiert. Während wir hier in Deutschland z.B. noch ein wenig mit den Befindlichkeiten der einzelnen Strömungen zu kämpfen haben, sind unsere griechischen GenossInnen hauptsächlich damit beschäftigt, die größten Folgen der schon jetzt grassierenden Armut einzudämmen. Dort kommen zu den hier auch als VoKü bekannten Abenden in linken Zentren inzwischen täglich Menschen, die der Hunger dorthin treibt. Ungeachtet der verschiedenen Ausgangsbedingungen haben wir aber ein gemeinsames Ziel, auf das wir uns auch sehr schnell verständigen konnten: Wir wollen den Kapitalismus nicht retten, sondern überwinden, und wir widersetzen uns nationaler Interessenpolitik und nationalistischer Krisenideologie. Dafür müssen wir endlich anfangen, die fatalen Zwänge des Kapitalismus und seiner politischen Institutionen zu brechen, denn „echte Demokratie“, wie sie in vielen Protesten gefordert wird, das geht nur ohne Kapitalismus.

Und das Kapital organisiert sich ja auch global, während die sozialen Kämpfe dagegen momentan noch

wiederum von einer Bank zur anderen weiterverkauft und in Tranchen (Wertpapierbündeln) gebündelt und letztlich auch an Rentenversicherungen usw. gekoppelt. Nach dem die Blase platzte, weil klar wurde, dass die Kurse überbewertet waren, wollten alle ihre Anteile loswerden und es wurde offenbar, dass diese Papiere toxisch waren und keinerlei Gegenwert darstellten. Viele Menschen verloren daraufhin ihre Wohnungen und Häuser, die die Banken als Sicherheiten hielten. Die Zahlungskette riss und keine Bank wusste, wie viele von diesen Sub-Prime-Krediten sie mit in ihre Finanzwaren eingebettet hatte. Die Folge war, dass keine Bank der anderen Geld leihen wollte und es zu einer Kreditklemme kam. Weltweit standen damit viele große Banken vor dem Exitus, hätten nicht die Staaten mit ihrem gesellschaftlichen Reichtum für sie eingestanden. Auch heute ist noch nicht ganz klar, wie viele toxische Papiere noch gehalten werden. Dies war aber nur der Anfang, der die heutigen Krisenprozesse kennzeichnet.

Die Schuldigen für diese Krisenstufe waren schnell ausgemacht. Es seien die Banker und die Spekulanten der Hedgefonds mit „ihrer Profitgier“, die die Krise provozierten. Doch nachdem die Staaten für die Banken einstanden, gerieten sie selbst unter Druck, weil die Staatsschulden dadurch drastisch stiegen. Die Haushaltsdefizite erreichten neue Höchststände, so dass Rating-Agenturen die Wirtschaftskraft einzelner Staaten neu bewerteten. So wurden viele Länder bzw. ihre Kreditwürdigkeit herunter gestuft. Diese privatwirtschaftlichen Institutionen namens Moodys, S&P, Fitch usw. bewerten für Anleger die Standortqualitäten im Rahmen ihrer Kreditwürdigkeit. Durch ihre Informationen beeinflussen sie die ohnehin schon aufgeschreckten Marktteilnehmer und folglich auch das Investitionsverhalten. Diese Unsicherheiten sind wiederum für Hochrisikospekulationen ein besonders interessant, weil durch „Wetten auf Weltgeld“ hohe Renditen möglich werden.

Wetten gegen Weltgeld - eine Bestimmung von Finanzpraxen

Im Laufe der gesellschaftlichen Entwicklung führte die massive Ausbreitung des Handelsverkehrs, des Raubbaus, des Kolonialismus zu einer massiven Verbreitung des Geldes auf der Welt. Als Währung wird es zum Weltgeld. Jeder moderne Staat installierte im Zuge seiner Entwicklung eine nationale Währung, die durch das Geldmonopol des Staates gewährleistet wurde. Es wurden Nationalbanken bzw. Zentralbanken gegründet, denen die Aufgabe übertragen wurde, Geld nach engen Maßstäben auszugeben bzw. einzubehalten. Diese nationalen Währungen waren dabei unmittelbar an die nationalen Goldreserven gekoppelt und bestimmten und bestimmten die Akkumulation innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise. Jede Währung erhält dabei einen Wechselkurs, der in Einheiten jeder anderen Währung ausgedrückt werden kann. Je nach Austauschverhältnis bzw. dem Wechselkurs der Währung befördern sie Exporte oder Importe und bestimmen damit die Leis-

tungsbilanz eines Landes.

Wenn wie im Falle des Euro mehrere Währungen zu einer Währung zusammengefasst werden, sind für die Festlegung flexibler Wechselkurse, die durch die Auflösung der Goldpreisbindung nach dem Zusammenbruch des Bretton Wood-Systems möglich wurden, sehr unterschiedliche Produktivitätsniveaus ausschlaggebend. Dann ist für ein Land mit geringerer Produktivität gemessen an seiner Reichtumsproduktion die Währung zu hoch angesetzt, während ein anderes von dem relativ niedrigen Wechselkurs profitiert und, falls es wie z.B. Deutschland auf Exporte ausgelegt ist, hohe Gewinne einfährt. Die Differenzen der Akkumulationen sind es, die die Schulden für einige Staaten erdrückend machen. Mit einer eigenen Währung hätten sie zumindest prinzipiell die Möglichkeit ihre Währung der Produktivität anzugleichen. Es würde zwar der Druck durch die EU sinken, aber die Vorteile innerhalb des europäischen Binnenmarkts wären ebenfalls weg. Der Import von Rohstoffen wäre beispielsweise wesentlich teurer. Bezogen auf Griechenland stellt sich das als Wahl zwischen Pest oder Cholera dar. In beiden Fällen wird es zu sehr harten Einschnitten kommen, bei denen die meisten BürgerInnen die Leidtragenden sein werden.

Als bekannt wurde, dass einige Staaten, aber vor allem Griechenland vor der Pleite stehen, wurde gegen den Euro spekuliert, nachdem zuvor der Dollar Angriffsziel war. Wie kann jedoch gegen eine Währung spekuliert werden? Mit Hilfe von Derivaten (synthetischen Finanzprodukten) wird auf Terminbörsen oder im Interbankenhandel spekuliert. Mit Swaps, Forwards, Optionen und Futures muss nur ein geringer Teil des Nominalwerts des Geschäfts eingesetzt werden. Swaps im Rahmen der Währung sind Tauschgeschäfte, in denen sich z.B. ein Akteur Geld in Euro leiht, es umtauscht und diesen Ertrag wiederum in eine andere Währung investiert. Warum das Ganze? Falls der Kurs der Währung Euro fällt, kann das geliehene Geld billiger zurückgegeben werden. Es gibt aber auch Termingeschäfte, die abgeschlossen werden, damit der Wechselkurs zum Zahlungstermin der ist, der bei Geschäftsbeginn gilt. Neben der Tatsache, dass die Ware in den meisten Fällen noch gar nicht existiert, also eine Wette auf zukünftige Erträge darstellt, wird schon die Modalität ihrer Zirkulation zu einem späteren Zeitpunkt fixiert und weltweit eingepreist. Am Beispiel eines Öl-Termingeschäfts kann dies verdeutlicht werden. Im Januar 2012 kauft ein Konzern Rohöl mit einem Preis von 103,04 USD pro Barrel, das noch gar nicht gefördert wurde. Der Liefertermin sei im Juni 2012. Durch ein Termingeschäft kann jedoch der Wechselkurs zum jetzigen Zeitpunkt fixiert werden. Wenn daher der Ölkäufer davon ausgeht, dass der Preis des Erdöls steigt, gilt der zum Zeitpunkt des Geschäfts abgeschlossene Wechselkurs und das Erdöl ist für diesen Konzern günstiger. Dies kann als „future“ im Rahmen der Börsen oder als „forward“, die außerhalb der Börsen gehandelt werden, geschehen. Wenn jedoch Wechselkursschwankungen usw. zu erwarten sind, wird

EUROPEAN DAY OF ACTION AGAINST CAPITALISM

DÍA EUROPEO DE ACCIÓN CONTRA EL CAPITALISMO

JOURNÉE D'ACTION EUROPÉENNE CONTRE LE CAPITALISME

EUROPÄISCHER AKTIONSTAG GEGEN DEN KAPITALISMUS

EUROPEJSKI DZIEŃ PRZECIWKO KAPITALIZMOWI

AVRUPA'DA KAPITALIZME KARSİ EYLEM GÜNÜ

ΕΥΡΩΠΑΪΚΗ ΗΜΕΡΑ ΔΡΑΣΗΣ ΕΝΑΝΤΙΑ ΣΤΟΝ ΚΑΠΙΤΑΛΙΣΜΟ

GIORNATA EUROPEA DI AZIONE CONTRO IL CAPITALISMO

JOINT MANIFESTATIONS AND ACTION IN MANY EUROPEAN CITIES

M31
2012-03-31

Capitalism is the Crisis

14.00 Uhr · Hauptbahnhof
Frankfurt/Main

WWW.MARCH31.NET

dieses Termingeschäft einfach versichert. Welche Wirkungen diese Form der Preis- und Ertragspekulation im Rahmen der Nahrungsmittelproduktion entfalten, kann immer wieder in der Zeitung gelesen werden, wenn nämlich die Reis-, Mais- und sonstige Getreidepreise in Staaten der Peripherie drastische Formen annehmen, so dass sich ein Großteil der jeweiligen Gesellschaft ihre „eigenen“ Nahrungsmittel nicht mehr leisten kann. Im Rahmen der Nahrungsmittelspekulation ist der öffentliche Aufschrei immer wieder zu vernehmen, wenn hungernde Kinder in westliche Kameralinsen gucken. Doch wie heißt es so schön: „Lassen Sie ihr Geld für sich arbeiten“.

Wird ein solches Geschäft von Hedgefonds und anderen mit massivem Kapitalvolumen ausgestatteten Finanzakteuren betrieben, sind enorme Gewinne möglich und es kann letztlich erheblicher Druck auf eine Währung ausgeübt werden. Ausgeklügelte Computerprogramme automatisieren dabei den An- und Verkauf, der aufgrund von Trends koordiniert wird. Diese Form der Renditegewinnung soll jetzt jedoch im Rahmen der EU verboten werden und auch Transaktionen sollen, wie einige NGOs es immer wieder vorschlagen haben, besteuert werden. Es mag ja in bürgerlicher Moral verwerflich sein und auch drastische gesellschaftliche Konsequenzen haben, was Hedgefonds da machen, aber bisher waren diese Transaktionen über Swaps, Future usw. sowohl für die Renditen notwendig, als auch in einem gewissen Umfang legal. Gleichzeitig profitierte auch Europa bzw. Deutschland eine Zeit lang davon, dass z.B. gegen den Dollar als Weltwährung spekuliert wurde. Doch sind diese Finanzaktivitäten nur die für BürgerInnen offensichtlichste Form, wie der Kapitalismus aus sich selbst heraus nur ein Ziel verfolgt: nämlich aus Geld mehr Geld zu machen. Die kapitalistische Produktion wird jede erdenkliche Schranke sprengen, sofern sich die Menschen nicht gegen sein Prinzip wenden. Da aber diese Sphäre als Finanzsphäre der Realwirtschaft gegenübergestellt wird, erscheint es den BürgerInnen so, als sei die Finanzsphäre etwas abstraktes, womit sie als vermeintlich wertproduktive ArbeiterInnen eigentlich nichts zu tun hätten. Es gibt keine gute oder schlechte Produktion und Zirkulation. Beide Sphären bedingen sich und sind notwendig aufeinander bezogen.

Kredite, Zinsen und fiktives Kapital

Kredite sind Zahlungsverprechen eines Schuldners gegenüber dem Gläubiger. Dabei gilt es zu unterscheiden, ob sich eine Person von einer anderen Privatperson Geld leiht oder ob ein Kapitalist sich bei einer Bank Geld leiht, um eine Investition etc. zu tätigen. In beiden Fällen wird das Geld für eine bestimmte Zeit einer anderen Person zur Verfügung gestellt. Das Geld nimmt hier die Funktion des Zahlungsmittels ein, welches rechtlich gesichert wird. Der Gläubiger verleiht sein Geld nicht als Eigentum, sondern als Benutzungserlaubnis auf Zeit. Was der/die SchuldnerIn mit dem Geld macht, interessiert im Falle der Privatperson nicht. Wenn sich FreundInnen Geld leihen, wird zumeist auch kein Zins erhoben, so dass die gleiche Summe Geld wieder zurück zur/zum GeldbesitzerIn kommt. Dies ist jedoch im Fall eines Bankenkredits gänzlich anders. Neben der Tatsache, dass die Bank für die Laufzeit des Kredits einen Zins erhebt, vollzieht sich der Saltomortale (Todessprung) des Kapitals darin, als solches verleihbar zu scheinen. Kapital wird als Kapital zur Ware, die gehandelt werden kann.

Der Kapitalist A besitzt eine Schnapsfabrik und möchte investieren, um neue Maschinen zu kaufen und um letztlich seine Produktion ausweiten zu können. A geht zur Bank B und möchte einen Kredit aufnehmen. Die Bank ihrerseits prüft die Liquidität von A und vergibt den Kredit mit einer Laufzeit von einem Jahr. Darüber hinaus verlangt die Bank Zinsen. Es scheint so, als sei der Zins der Preis für den Kredit, den die Bank vergibt. In dieser Form haben wir es nicht mehr mit dem Leihen als solches zu tun, sondern die Verwandlung von Kapital muss sich als Verwertung des Wert im Arbeitsprozess herstellen. Oder einfacher: Der Kapitalist muss, um die Schuldsumme samt Zinsen bezahlen zu können, einen dementsprechenden Profit erwirtschaften. Die Investition tätigt A aber gerade, um auf erweiterter Stufenleiter produzieren zu können. Daher muss er sich einen größeren Anteil der unbezahlten Arbeit der verausgabten Arbeitszeit seiner ArbeiterInnen in Form des Mehrwerts

Rating-Agenturen

Ratingagenturen sind Privatunternehmen und meist als Kapitalgesellschaft bzw. Aktiengesellschaft organisiert. Sie arbeiten wie jedes andere kapitalistisch ausgerichtete Unternehmen profitorientiert. Dabei verstehen sie sich als Berater für Kapitalanlagen sowie als Dienstleister für Investoren. Sie bewerten regelmäßig die Kreditwürdigkeit von Staaten, Gemeinden und Unternehmen. Für die Kreditwürdigkeit geben sie Noten: das Rating. An diesen Noten orientieren sich die Finanzanleger: Eine gute Note bedeutet hohe Kreditwürdigkeit, also mehr Sicherheit für den/die AnlegerIn. Unternehmen und Staaten mit guten Ratings müssen den GläubigerInnen daher geringere Zinsen zahlen als Schuldner mit schlechten Ratings. Sinkt das Rating, so steigt der Zins. Weltweit gibt es etwa 150 Rating-Agenturen. Allerdings sind nur drei von ihnen alltäglich in den Medien präsent: Standard & Poor's, Moody's und Fitch. Sie decken etwa 97 Prozent des Marktes ab, weshalb sie auch als «die großen Drei» bezeichnet werden. Das Urteil der drei großen Ratingagenturen ist somit von großer Bedeutung für Regierungen.

aneignen. Gehen wir davon aus, dass A seinen Durchschnittsprofit einführt und seinen Kredit plus Zinsen im Zeitrahmen zurückbezahlt. Das Geld, das A durch den Kredit erhalten hat, fungierte als Kapital, welches in der Produktion verwertet wurde und zur Bank zurückkehrt. Die Rückkehr des Geldes kennzeichnet den Rückfluss des als Kapital „verliehenen“ Geldes, welches durch seine Bewegung sich selbst vermehrt habe. Hier liegt der Kern der Vorstellung, dass Geld arbeiten könne, sobald es bei der Bank verliehen wird. Banken konzentrieren die Einkommen aller BürgerInnen und verfügen somit über die gesellschaftlichen Reichtümer, die ihnen anvertraut werden. In der Form des zinstragenden Kapitals verdoppelt sich das Kapital. Einmal ist es Eigentumstitel der Bank und auf der anderen Seite fungierendes Kapital für den Kapitalisten. In dieser Verkehrung erscheint jedes Einkommen (Revenue) als zinstragend bzw. gewinnbringend. Arbeit wird zu Lohn, Grund und Boden wird zur Rente und Kapital wird Zins. Und in sofern kann es auch nicht verwundern, dass alle Geld mit Geld machen wollen. Nur wird dabei vergessen, dass sich der Wert in der Produktion verwerten muss, um Profit zu werden. Alle Kapitalformen die einen Anspruch auf zinsbringende Renditen bescheinigen, jedoch nicht mit ihren Wertbestandteilen in die Produktion oder Zirkulation eingehen, sind fiktive Kapitale. Fiktiv sind sie, weil sie Titel auf vermeintlichen Wert sind, ähnlich dem Wertzeichen in Form der Preise. Als solche sind sie von Grund auf spekulativ, mit einer eigenen Dynamik und einer eigenen Preisstruktur ausgestattet. Durch die zunehmende politische Deregulierung der Finanzmärkte und die Flucht des Kapitals in die Zirkulationssphäre ab den 1970ern wurde die Blasenbildung durch fiktive Kapitale über die Jahrzehnte massiv befördert.

Dies war jedoch eine Systemnotwendigkeit für den in die Krise geratenen Fordismus. Unter Fordismus wird eine Produktionsperiode oder -phase verstanden, die durch Massenproduktion am Fließband, hohe Beschäftigungsrate und tayloristische Produktionsverfahren und Arbeitsorganisation geprägt war. Taylorismus ist dabei die praktische Umsetzung der Wissenschaft von der Zerlegung und Detaillierung der Arbeitsprozesse bis in die kleinsten Produktionsabläufe. Der Fordismus gilt als die Phase des „allgemeinen Wohlstands“, an dem fast die ganze Gesellschaft teilnehmen konnte. Durch niedrige Produktionskosten der Massenproduktion, eine immense Produktivität und hohe Reallöhne war es möglich, die Voraussetzungen für Massenkonsum zu schaffen. Die sozialen Zugeständnisse, die Grundversorgung im Krankheitsfall, die Sicherheit der Renten und nicht zuletzt die Einfachheit Kredite aufnehmen zu können, lassen viele BürgerInnen diese Phase des Kapitalismus glorifizieren. Doch ab den 1970ern trübte sich das Wetter im Produktionsschlaraffenland BRD ein. Produktionsstätten wurden ins „Ausland“ verlegt, weil die Lohnkosten zu hoch schienen. Die Nachfrage nach Massenware stagnierte und Rationalisierungsschübe in der Produktion setzten massenhaft Arbeitskraft frei. Der betriebliche Frieden bzw. die Sozialpartnerschaft wurde einseitig von den Kapitalisten aufgekündigt. Auch wenn es zu Arbeitskämpfen z.B. bei Opel kam, waren diese nicht ansatzweise z.B. mit der Qualität der radikalen Arbeitskämpfe der OperaistInnen in Italien rund um das Fiat-Werk zu vergleichen. Neben den massiven Lohnsenkungen und der hohen Arbeitslosigkeit, ganz zu schweigen von dem steigenden Preisniveau (Inflation), hatte das Kapital zunehmend weniger Möglichkeiten sich produktiv zu verwerten. Die Ölkrise 1973 forcierte die strukturelle Überakkumulation. Die Freisetzung der Arbeitskraftbehälter und die zunehmenden Rationalisierungen in der Produktion führten zu einem Sinken

sehr stark fragmentiert sind. Wenn wir unserem Gegner auf Augenhöhe begegnen wollen, müssen wir diese Spaltung überwinden und eine Vernetzung schaffen, in der wir einerseits gegenseitig von unseren unterschiedlichen Erfahrungen profitieren können, uns aber andererseits auch ganz praktisch unterstützen. Ein Beispiel dafür sind die Kämpfe, die aktuell gegen die Privatisierung der Wasserwerke in Thessaloniki anlaufen. Dort hat sich ein lokaler Zusammenschluss gebildet, der sich die Vergesellschaftung der Infrastruktur zum Ziel gesetzt hat. Indem wir Aktionen gegen die deutschen Standorte des dort verantwortlichen Unternehmens in Berlin und Frankfurt organisieren, können wir die Kämpfe unserer GenossInnen über Solidaritätsbekundungen hinaus auch von hier aus begleiten.

Kannst du noch etwas zum aktuellen Stand eurer Mobilisierung in Deutschland sagen? Wie ist z.B. euer Verhältnis zu den anderen geplanten Protesten?

Nach ersten regionalen und bundesweiten Treffen schließen sich aktuell immer mehr Gruppen der Idee an. Die ersten Aufrufe und Plakate sind fertig und es gibt eine europaweite Internetseite, die sich langsam auch mit Inhalten füllt. Meine Hoffnung ist, dass sich die verschiedenen Mobilisierungen noch mehr verzahnen. Im Moment sieht das ganz gut aus und würde auch für die deutsche Linke eine neue Qualität in den Protesten darstellen. Jetzt schon zeigt sich, dass inhaltliche Differenzen durch die praktische Zusammenarbeit teilweise in den Hintergrund treten können. Es wäre natürlich fatal, wenn man zu diesem Zeitpunkt inhaltliche Abstriche machen würde, aber ich nehme gerade wahr, dass innerhalb der verschiedenen Organisationen (Diskussions-)Prozesse ausgelöst werden und alte Widerspruchslinien und Konflikte wieder in Bewegung geraten.

Wie sind denn die konkreten Planungen für den 31. März?

In Deutschland soll sich die zentrale Aktion gegen die autoritäre Krisenpolitik der EZB richten. Unser Ziel ist die EZB-Großbaustelle, die ein Schlag ins Gesicht all derjenigen ist, die in Folge der EZB-Politik um ihr tägliches Auskommen fürchten müssen. Der konkrete Plan wird jetzt in unterschiedlichen lokalen, regionalen und bundesweiten Arbeitszusammenhängen ausgearbeitet. Fest steht aber bereits, dass wir uns nicht mit einer klassischen „Latschdemo“ zufrieden geben werden und unserer Wut auch mit Formen des zivilen Ungehorsams Ausdruck verleihen wollen.

Und wie geht es danach weiter?

Für uns steht der Aktionstag am Anfang eines hoffentlich protestreichen Jahres 2012. Wir wollen uns durch Vernetzung und das Experimentieren mit verschiedensten Aktionsformen ein ernst zu nehmendes Widerstandspotential erarbeiten, mit dem wir auch in den kommenden Auseinandersetzungen besser eingreifen können.

Es geht also auch darum, den bisher eher beobachtenden und kommentierenden Status, auf den sich die Linke in den letzten Jahren zumindest hierzulande zurückgezogen hat, zu veranlassen und uns ganz praktisch einzumischen. Eine spürbare Organisation linker Opposition europaweit ist dabei die Voraussetzung dafür, um auf die Angriffe der Troika gemeinsam reagieren zu können, gleichzeitig aber auch die Stärke zu haben, um den konkreten Auswirkungen im Lokalen begegnen zu können.

Im Vordergrund steht für uns also der längst überfällige Erfahrungsaustausch, auch über die eingefahrenen Spektrengrenzen hinweg, und die praktische Solidarität. Angedacht ist also einerseits, Kommunikationsräume zu eröffnen, die uns diese tiefergehende Diskussion ermöglichen. Andererseits werden in diesem Rahmen auch weitere Aktionen geplant. Wie diese konkret aussehen können, werden wir aber erst nach einer ausführlichen Auswertung unseres ersten Aktionstages diskutieren können. Sie sollen aber auf jeden Fall in einem solidarischen Verhältnis mit den anderen Mobilisierungen im Mai und im Herbst stehen.

(Dieses Interview wurde geführt und veröffentlicht von express – Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit)

Über die Verhältnisse leben!

Aufruf zur Ravedemo am 16. März in Göttingen

In Zukunft wird man die Gürtel etwas enger schnallen müssen und man kann sich drauf einstellen, dass man es nicht mehr so gut haben wird wie bisher, da man einfach über die Verhältnisse gelebt hat in den letzten Jahren. Dieser und anderer Sparfuchsrhetorik begegnet man zur Zeit an jeder Ecke. Man trifft sie in der internationalen Politik, z.B. im Bezug auf Griechenland, aber auch auf kommunaler Ebene, nur weniger drastisch. Im Göttinger Zukunftsvertrag verpflichtet sich die Stadt Göttingen ihr alljährliches Minus von ca. 5 Millionen Euro abzubauen. Die BürgerInnen dürfen sogar ganz demokratisch mitentscheiden, wer es am ehesten verdient hat, den Geldhahn zugedreht zu bekommen. Denn sparen, und das scheint allen ein zu leuchten, sei alternativlos.

Aber warum muss eigentlich gespart werden?

Die Produktivität steigt, d.h. mit immer weniger Menschen kann immer mehr Kram produziert werden. Was eigentlich ein Grund zur Freude sein sollte, gerät im Kapitalismus zum Fluch. Denn die Güter werden nicht produziert, damit Menschen sie benutzen können und Freude an ihnen haben, sondern es wird einzig und allein produziert, um damit Geld zu verdienen. Wenn die Produkte nicht gewinnbringend verkauft werden können, dann ist das für das jeweilige Unternehmen ein Problem. Die deutsche Autoindustrie beispielsweise litt 2009 darunter, dass mehr Autos produziert wurden als sich Menschen Autos leisten konnten, jemand also zwangsläufig auf seinen Produkten sitzen bleiben musste. Der Grund für Krise im Kapitalismus ist also nicht natürliche Knappheit, sondern weil es eine Überproduktion gibt. Das ist doch bescheuert. Doch derzeit wird alles nach diesem Prinzip produziert und verteilt. Während der letzten Kältewelle erfroren die Menschen, nicht, weil es zu wenige beheizte Zimmer gibt, sondern weil sie sich keinen Zugang zu beispielsweise Hotelzimmern kaufen können.

Damit die Leute nicht auf die Idee kommen sich das, was sie brauchen, einfach zu nehmen, schützen Polizei und Securities, das Recht auf Eigentum. Im Beispiel Kältewelle heißt das, sie garantieren, dass die Leute auf der Straße erfrieren und nicht einfach in leerstehende Suiten einziehen.

Wir müssen doch sehr den Kopf darüber schütteln, wie unvernünftig die Menschen die Produktion und Verteilung von Gütern organisiert haben. Es wäre schlauer, wenn der Bedarf der Menschen ermittelt würde und die entsprechende Menge produziert und verteilt würde, und nicht länger Menschen am einen Ende der Erde unverkäufliche Lebensmittel wegschmeißen, aber gleichzeitig Andere hungern. Dafür müsste sich aber der Zweck der Produktion ändern. Die Bedürfnisbefriedigung der Menschen müsste im Mittelpunkt stehen und nicht das Profitmachen.

Allerdings hilft uns die Einsicht, dass hier grundlegend was schief läuft wenig, denn wer meint, man müsste einfach nur sein Verhalten ändern (nichts mehr wegschmeißen und so), der verkennet die Totalität des Kapitalismus: ein außerhalb gibt es nicht. Wenn nun grundsätzlich der Kapitalismus das Problem ist und es ein außerhalb nicht gibt, dann fällt uns nichts schlauerer mehr ein als die Verhältnisse auf der Welt grundlegend zu ändern, denn der Kapitalismus ist nicht irgendwann vom Himmel gefallen. Er wurde und wird von den Menschen gemacht und kann auch von ihnen abgeschafft werden. Wer sich nun unangenehm an die DDR erinnert fühlt, dem können wir nur sagen: was wir hier meinen hat mit der DDR nichts zu tun. Wir wollen einen Zusammenschluss freier Menschen, die sich gemeinsam organisieren und keinen Staat, der darüber entscheidet, was Menschen zu brauchen haben. Für eine Kritik der DDR, die wir teilen, lest: (<http://strassenausucker.blogspot.de/2009/11/09/realsozialismus/>)

Am 31. März werden in Frankfurt anlässlich des european day of action against capitalism die Krisenproteste 2012 beginnen. In Göttingen gehts schon früher los. Am 16. März veranstaltet das antikapitalistische Krisenbündnis Göttingen einen Rave. Am Gänseliesel ab 18 Uhr tanzen und feiern wir dekadent und luxuriös über unsere Verhältnisse, für eine vernünftige Gesellschaft abseits von Staat, Nation & Kapital.

Luxus für alle!

Antikapitalistisches Krisenbündnis Göttingen

der Profitrate, weil Maschinen ohne die Verausgabung menschlicher Arbeitskraft nur Wert übertragen, aber nicht produzieren bzw. keinen zusätzlichen Mehrwert abwerfen. Die Tendenz, ab den 1980ern das freigesetzte Kapital auf Verwertungssuche in der Zirkulations-sphäre „gewinnbringend“ einzusetzen, kennzeichnet die Entwicklung als Abgesang auf den Fordismus. Nicht nur, dass ein neues Wechselkurssystem jenseits des Goldstandards etabliert wurde, auch die politischen Weichen wurden so gestellt, dass die Ware Kapital als fiktives Kapital zunehmend an Relevanz gewann. Damit vollzieht sich, neben den in der Rationalisierung und Computerisierung der Produktion vorhandenen Widersprüchen, ein weiterer Krisenprozess, der Spekulationsblasen am laufenden Band produziert. Die letzte Spekulationsblase zeigte jedoch, welche Auswirkungen eine Krise haben kann. „Wir haben in den Abgrund geblickt“ sagte ein Börsenmakler Anfang 2008, als klar wurde, dass Banken anfangen zu crashen. Dem ist nur hinzuzufügen, dass es lediglich eine Frage der Zeit ist, wann die nächsten Blasen platzen. Den krisenfreien Kapitalismus wird es nicht geben, auch wenn sich die BürgerInnen auf den Kopf stellen. Vielmehr gehören die Verhältnisse vom Kopf auf die Füße gestellt. Nicht die Banken, nicht die Manager oder wer auch immer ist Schuld an der Misere. Es ist der alltägliche Normalzustand der Zurichtung für den Standort im Rahmen der Weltmarktkonkurrenz in jedem Alter. Es ist die verfluchte Zeitverschwendung, die mit der Arbeitszeit einhergeht. Es ist die zunehmende Überflüssigwerdung menschlicher Arbeitskraft im Produktionsprozess. Es ist die vergegenständlichte Denkweise und objektive Gedankenform, die aus den Menschen Trotteln der kapitalistischen Produktion macht. Es ist die Ignoranz, mit der nach wie vor jeder Sachzwang, jede Gemeinheit an den Menschen begangen werden kann, solange es dem Standort nützt. Und nicht zuletzt der wahnhaftige Glaube am Ende doch auf dem Siebertreppchen zu stehen, wenn man sich nur genügend anstrengt.

Staatskredite und Staatsschulden – Wer das eine will, muss das andere mögen

Um Staatskredite adäquat bestimmen zu können, ist es notwendig, sich das staatliche Geldmonopol, und die Reproduktionsbedingungen des bürgerlichen Staates anzusehen. Allgemein kann festgehalten werden, dass es sich beim bürgerlichen Staat, obwohl er auch Klassenstaat sein kann, nicht um den Staat der Kapitalisten, sondern um den Staat des Kapitals handelt. Oder kürzer: Er agiert als „ideeller Gesamtkapitalist“ (vgl. Ums Ganze-Broschüre: „Staat, Weltmarkt und die Herrschaft der falschen Freiheit“). Da der Staat in den seltensten Fällen unmittelbar Waren produziert, kann dies nicht Quelle seiner eigenen Reproduktion sein. Seine „Leistungen“ bestehen in öffentlichen Diensten, die man sich, z.B. in Form von Polizei, Verwaltung usw., gefallen lassen muss. Insofern sind Arbeiten von StaatsbeamtInnen auch nicht (wert-)produktiv, sie leben von

den Geldmitteln, die sich der Staat von anderen einverleiht. Diese Geldmittel bestehen aus Steuern. Der Staat stellt die allgemeinen Produktionsbedingungen her. Infrastruktur usw. sind wichtige Bestandteile für die Akkumulation und für den Wettbewerb. Um jedoch Infrastruktur usw. stellen zu können, sind öffentliche Mittel unumgänglich. Vom Staat erhobene Steuern dürfen dabei einige Dinge nicht bewirken. Zum einen dürfen sie nicht den Produktionsprozess als solchen beschränken und die Akkumulation bremsen oder gar gefährden. Auch die Reproduktion der Kapitalisten kann nur sehr begrenzt eingeschränkt werden, da Reichtum nicht bestraft werden darf, weil dann die Leistungs-ideologie als das entlarvt würde, was sie ist: eine ideologische Vorstellung! Kurz gesagt der relevante Teil, der besteuert werden kann, ist die menschliche Arbeitskraft. Neben dem vom Kapitalisten erheischten Mehrwert, verlangt der Staat einen bestimmten Anteil der verausgabten Arbeitszeit für sich. Dies ist die so genannte Einkommenssteuer, die den größten Teil der Besteuerung kennzeichnet. Es gibt jedoch auch noch eine Vielzahl von unterschiedlichen Steuern, die die Klassen und Klassenfraktionen unterschiedlich treffen. Alle Steuereinnahmen zusammen bilden den nationalen Haushalt, aus dem politische Maßnahmen, Infrastrukturmaßnahmen etc. bezahlt werden. Das Gesamtvolumen der nationalen Wertschöpfung bzw. Einkommen wird als BIP (Bruttoinlandsprodukt) bezeichnet. Der BIP-Wert gilt als Orientierungspunkt für den nationalen Reichtum und die nationale Produktivität. Dementsprechend basiert der staatliche Kredit auf dem Vertrauen in zukünftige Steuereinnahmen seiner BürgerInnen. Die nationale Reichtumsproduktion ist dabei an die Zentralbanknote gekoppelt, die wiederum auf Devisenmärkten gehandelt wird.

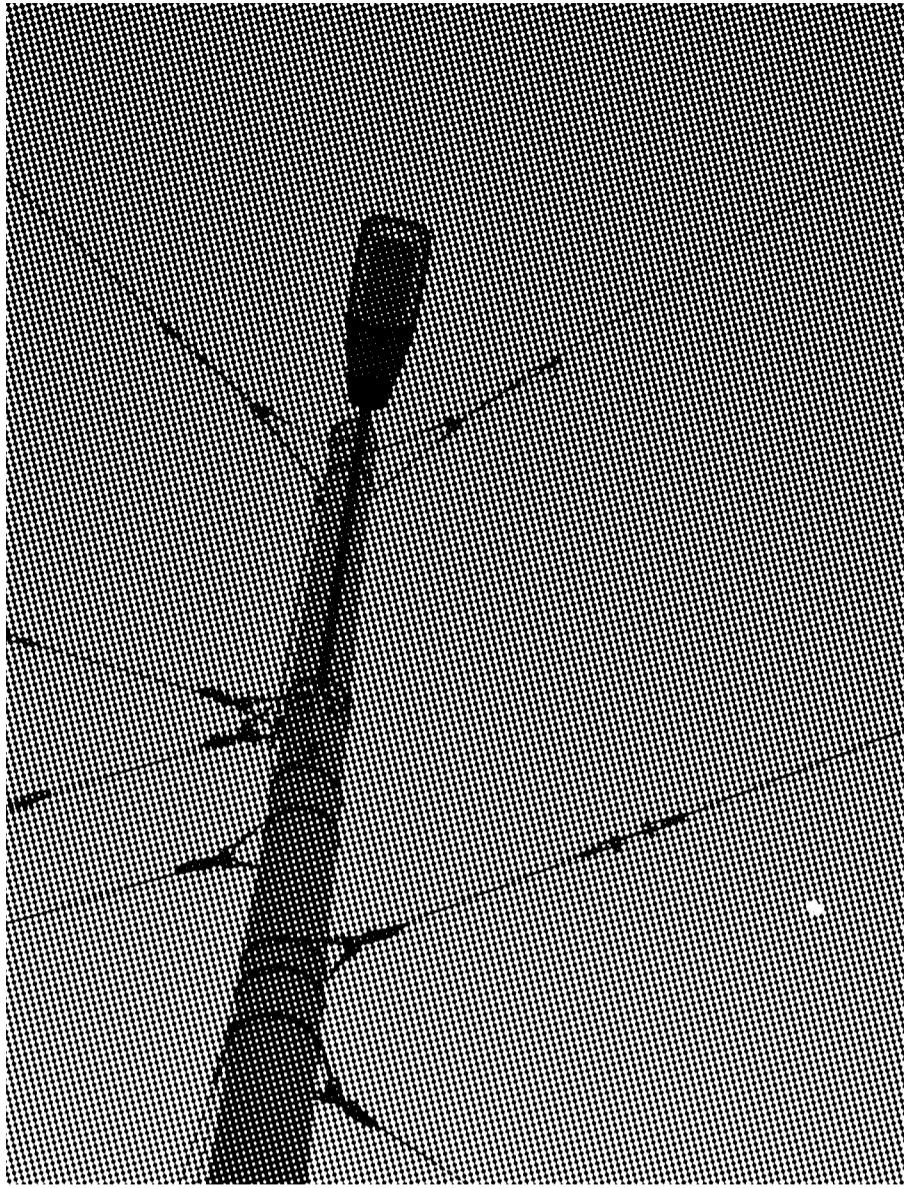
Im Zuge der ursprünglichen Akkumulation hat der Staat nicht nur den doppelt freien Lohnarbeiter gewaltsam hergerichtet, indem er die ArbeiterInnen von allen ihren Produktionsmitteln trennte, in die Fabriken zwang und als freie Ware Arbeitskraft konstituierte, sondern auch ein öffentliches Kreditsystem geschaffen. Die Staatsschuld wurde in Form von leicht zu übertragenden Schuldscheinen als Geld verwendet und brachte das Börsenwesen zu seiner ersten großen Blüte. Mit der Fixierung der Schuldscheine an die Banknoten wurde die Zirkulationszeit verkürzt und die Zirkulation ökonomisiert. Das bedeutet, dass die Banken weniger Reserven zur Verfügung haben müssen und der Zahlungsverkehr auch über Ländergrenzen hinweg, durch Wechsel, Depositen usw. schneller vonstatten geht. Die Staatsschuld ist im Kapitalismus elementarer Bestandteil, um die Akkumulation von Kapital zu beschleunigen und auf erweiterter Stufenleiter produzieren zu können. Gerade durch die Verschuldung konnte überhaupt die kapitalistische Produktion ihre Produktivität derart steigern. Eine Zentralbank hat, wenn sie Staatsanleihen aufnimmt oder abwirft, die Möglichkeit dadurch Geld neu zu schöpfen bzw. aus dem Verkehr zu ziehen.

ÜBER DIE VERHÄLTNISSSE LEBEN - GEGEN ENGERE GÜRTEL! & KAPITALISMUS!

RAVEDEMO | 16.3. | 18H | GÄNSELIESEL (GÖTTINGEN)

ORGANISIERT VOM ANTIKAPITALISTISCHEN KRISENBÜNDNIS GÖTTINGEN

REDICAL M GRUPPE GEGENSTROM ASJ GÖTTINGEN ak panda KULTUR. KOLLEKTIV. M31 2012-03-31 MARCH31.NET



Da Staatsschulden im Kapitalismus normal sind, stellt sich die Frage, wann Staatsschulden dazu führen, dass ein Staat handlungsunfähig wird. Solange ein Kredit durch die Aufnahme eines weiteren Kredits plus Zinsen zurückbezahlt werden kann, sind Staatsschulden kaum bedenklich. Wenn jedoch die Produktivität eines Landes und insofern die Steuereinnahmen soweit sinken, dass nicht einmal mehr die Zinsen über neue Kreditaufnahme bezahlt werden können bzw. keine weiteren Kredite gewährt werden, steht ein solcher Staat mit dem Rücken zur Wand. Diese allgemeine Bestimmung trifft auf Griechenland genauso wie z.B. potenziell auf Portugal zu. Das Aufkaufen von Staatsanleihen durch die EZB (Europäische Zentralbank) führt im Endeffekt nur kurzfristig zum Aufatmen der Staaten. Die Folge ist, dass die EZB billiges Geld auf den Markt werfen muss und sich dementsprechend auch das Preisniveau und der Wechselkurs des Euro verändert.

Es ist in der herrschenden Logik angelegt, dass PolitikerInnen aller Couleur vom Sparzwang schwadronieren. Zwar hat niemand über seine Verhältnisse gelebt, wie an den jeweiligen Bilanzen zu sehen ist, aber diese Appelle sind der latente Bedrohungskanon, der die Löhne weiterhin möglichst flexibel nach unten korrigieren soll und die Lohnnebenkosten für die Unternehmer noch weiter senkt, damit die Durchschnittsprofite erreicht werden. Ganz nebenbei sind sie auch ein Indiz für kommende Sozialkürzungen, die sich dadurch ankündigen.

Die Krisenantwort vorbereiten! – emanzipatorisch! antinational! und erfolgreich?!

Wir können nur mutmaßen, was der Kapitalismus und seine politischen Formen – die Nationalstaaten – für seine WeltbürgerInnen zukünftig bereithalten. Die immer wieder wechselnden Bezeichnungen von Krisenmomenten, die durch die Medien geistern, so z.B. Immobilienspekulationskrise, Sub-Prime-Krise, Bankenkrise, Staatsschuldenkrise, Marktvertrauenskrise und Eurokrise, sind als hilfloser Versuch zu werten, die bittere Realität, dass der Kapitalismus nicht nur ein paar Macken und seltsame „Auswüchse“ für die Menschen bereit hält, sondern ein hochgradig destruktives und brutales gesellschaftliches Verhältnis für einen Großteil der Menschen auf der Erde darstellt, zu fassen. Er ist zutiefst irrational und widersprüchlich, setzt aber gleichzeitig seine eigene Rationalität als die einzig geltende als objektive Gedankenform durch. Ob Keynes, Smiths, Hayeks und der gleichen mehr Wirtschaftstheorien, an dieser Wirtschaftsordnung gibt es nichts positives, an dem es sich festzuhalten lohnt. Dennoch muss festgehalten werden, dass es für die Menschen einen

Unterschied macht, ob der Staat regulierend die kapitalistischen Konkurrenzverhältnisse moderiert oder ob die Märkte nach ihrem Gusto wüten, wie sie wollen. Es bleibt jedoch Kapitalismus mit seinem alles bestimmenden Zweck die Arbeitskraft bestmöglich auszubeuten und Profite zu erwirtschaften. Diesen Prozess gilt es aus Sicht des Kapitals im Namen der Wertverwertung, soweit es rechtlich möglich ist, auszuweiten. Er kämpfte soziale Rechte werden in den Boden gestampft und selbst das letzte bisschen Mitleid und Empathie zwischen den Menschen soll der vollkommenen Konkurrenz geopfert werden. Die Antwort der WeltbürgerInnen bzw. die Verarbeitung der latenten individuellen Krisen führt zu Hass und Ressentiments. Gehasst oder abgelehnt werden Religionen, „AusländerInnen“, vermeintliche Kulturen, Reiche, Jüdinnen und Juden, Manager, Banker, PolitikerInnen, Leistungswillige, Arme usw. So unterschiedlich die Strukturen, historischen Ausformungen, Mechanismen und Qualitäten der Zuschreibungen sind, haben sie auch im Kapitalismus einen spezifischen materiellen Kern, der begriffen werden muss. An der Stelle sei noch einmal kurz darauf verwiesen, dass sich Antisemitismus nicht aus dem Kapitalismus bestimmen lässt, aber im Kapitalismus spezifische Projektionen und Ressentiments entfaltet. Es ist das falsche Ganze des Kapitalismus, dem eine radikale Kritik an den Verhältnisse entgegengestellt werden muss. Nicht, weil sich die Ideologien und ihre Träger damit in Luft auflösen, sondern weil Aufklärung das einzige Mittel ist, um die Ideologien und Ideologiefragmente als solche zu offenbaren und damit angreifbar zu machen. Die Absage an die Staatsnation als sekundärer Vergesellschaftungszusammenhang ist nicht Nischenbekenntnis einiger linksradikaler SpinnerInnen, sondern auf der ganzen Welt notwendiger Bestandteil im Kampf gegen den Kapitalismus und die Staaten, die diese Ordnung mit allen Mitteln verteidigen. Der internationale Antinationalismus kann nur der Versuch sein neue Verbindungen einzugehen und Diskussionen zu führen, gemeinsam zu reflektieren, von einander zu lernen und Kämpfe nicht mehr isoliert zu führen. Der Kapitalismus war von Grund auf schon als globaler Weltmarkt angelegt. So muss die Antwort auf dieses apersonale Schweinesystem ebenfalls global erfolgen, ohne jedoch die Fehler der Analysen und Praxen, die die unterschiedlichen Strömungen, Bewegungen usw. in ihrer Einschätzung des Kapitalismus gemacht haben zu wiederholen. Andererseits sollten sich radikale Linke auch bewusst machen, dass sie eine weltweite Geschichte haben und daraus viel gelernt werden kann. Es gilt die Idee des Kommunismus als Bewegung gegen die jetzigen Verhältnisse voranzutreiben und Antworten auf die Frage, wie wir nach dem Kapitalismus leben wollen, zu entwickeln. Bisher können wir sagen, was wir nicht wollen: Kapitalismus, Staat, autoritären Sozialismus, regressiven Ideologien usw. Um noch eine positive Bestimmung zu geben, wie es sein könnte, sei dies noch kurz skizziert: Ziel ist der freiwillige Zusammenschluss einer Weltgesellschaft von Individuen, die gesellschaftlich vermitteln, was sie mit welchen Mitteln und mit welchem Aufwand produzieren wollen. In dieser Gesellschaft arbeiten die Maschinen und Computer für die Menschen und nicht gegen sie. Geld hat seine inhaltliche Bestimmung verloren und ist überflüssig geworden. Der Wert als Realabstraktion hat seine Gültigkeit verloren und niemand wird in Höhlen wohnen, wenn sie/er es nicht auch will. Dies ist die Bestimmung des Kommunismus, den wir verwirklicht sehen wollen.

Um den Versuch des internationalen Antinationalismus zu wagen, rufen wir als radical M im Rahmen des antikapitalistischen Krisenbündnis Göttingen dazu auf sich am 31. März am europäischen Aktionstag gegen den Kapitalismus in Frankfurt a.M. zu beteiligen.

Auf geht's, ab geht's! Für den Kommunismus!

radical M, Göttingen

Interview mit einer ehemaligen Leiharbeiterin aus Göttingen

Wie bist du zur Leiharbeit gekommen?

Nach drei Monaten Auslandsaufenthalt kam ich nach Deutschland und hatte keine Wohnung und 200 Euro Miese auf dem Konto. Ich brauchte dringend einen Job, da ich keine Zeit hatte auf die Bearbeitung eines Arbeitslosengeld II-Antrags zu warten und keine sonstige finanzielle Unterstützung bekommen konnte. Ich habe zwar Abitur, aber keine abgeschlossene Berufsausbildung, weswegen Jobs auf 400-Euro-Basis oder Leiharbeit meine einzigen Chancen zur Finanzierung meines Unterhalts waren. Trotz eines Abiturschnitts von 1,7 gab es nur eine Leiharbeitsfirma, die mir einen Job anbot. Ohne Geld, Wohnung oder sonstige Unterstützung war ich gezwungen, diesen Job anzunehmen, obwohl ich Bedenken hatte.

Hast du in einem Betrieb gearbeitet oder in mehreren und was waren dort deine Aufgaben?

Ich arbeitete nur in einem Betrieb, was in der Leiharbeitsbranche leider eine Seltenheit ist. Bei der Leiharbeitsfirma sagte man mir, ich würde einfache Montagearbeiten durchführen, aber im Endeffekt machte ich einfache Montagearbeiten, Qualitätskontrollen, Sicherheitsprüfungen, Verpacken und die letzte Kontrolle vor der Auslieferung der Produkte.

Warum stellte der Betrieb Leiharbeiter*innen ein?

Die Aufgaben waren simpel, es gibt keine Berufsausbildung für diese Tätigkeiten. Da das Produkt neu entwickelt worden war, gab es enorme Schwankungen in der Auftragslage.

Gab es einen Betriebsrat, der sich auch für Leiharbeiter*innen einsetzte?

In meinem Betrieb wurden fast alle Festangestellten zuvor in Zeitarbeitsverhältnissen angestellt, weswegen jede*r inklusive des Betriebsrates Probleme mit prekären Arbeitsverhältnissen nachvollziehen konnte. Der Betriebsrat kämpfte gegen Entlassungen, für die Verlängerung von Leiharbeitsverträgen und Zeitarbeitsverträgen und für die Bezahlung jeder Überstunde. Da Leiharbeitsfirmen oft Zeitkonten führen, werden oft nur 35 von 40 gearbeiteten Stunden pro Woche bezahlt. Der Rest der Stunden wird gesammelt zum Zeitausgleich oder für Freizeitstunden, die oft vom Betrieb nicht zugelassen werden können. Die meisten Leiharbeiter*innen in meinem Betrieb sahen im Falle einer Festanstellung oder Kündigung keinen Cent der erarbeiteten Stunden des Zeitkontos.

Der Betriebsrat sorgte dafür, dass 40 von 40 Stunden in der Woche bezahlt wurden. Allerdings ist diese Situation nur ein Einzelfall. In vielen Betrieben gibt es nicht mal einen Betriebsrat und wenn, dann setzt sich der Betriebsrat eher für Festangestellte ein.

Wie war das Verhältnis von Leiharbeiter*innen und Festangestellten in deinem Betrieb?

Bei mir in den Arbeitsgruppen von 12 Personen gab es drei bis fünf Festangestellte pro Gruppe. In anderen Abteilungen kam auf sieben Personen eine Festangestellte.

Gab es Unterschiede zwischen den Leiharbeiter*innen von anderen Zeitarbeitsfirmen, was die Vergütung angeht?

Am Anfang verdiente ich brutto 7,60 Euro pro Stunde, soviel wie alle kleineren Zeitarbeitsfirmen im Westen bezahlen. Angestellte bei Autovision verdienten 8 Euro pro Stunde. Als ich bei der Leiharbeitsfirma anfang, hatte die Leiharbeitsfirma die christliche Gewerkschaft als Tarifpartner. Ich wusste, dass die christliche Gewerkschaft vom Bundesarbeitsgericht tarifunfähig gesprochen wurde, aber konnte mich nicht beschweren, weil ich ohne Job obdachlos gewesen wäre. Drei Monate später wurde der Druck gegen die christliche Gewerkschaft offenbar zu hoch, weswegen die Leiharbeitsfirma den Tarifpartner wechselte, wodurch ich 7,79 Euro

pro Stunde verdiente. Das war immer noch weniger als bei Autovision, allerdings bezahlte Autovision weniger Stunden pro Woche als gearbeitet wurde aus, was der Betriebsrat erst weitere drei Monate später abschaffen konnte.

Wurden alle Versprechen, mit denen deine Zeitarbeitsfirma geworben hatte erfüllt?

Nein! Zum Beispiel wurden mir Fehlstunden, die aufgrund eines Arbeitsunfalls entstanden, nicht ausbezahlt, weil dieser innerhalb der ersten vier Arbeitswochen geschah.

Eine Arbeitskollegin, die bei derselben Leiharbeitsfirma angestellt war, fuhr täglich über 40km zum Betrieb. In einem Flyer, der bei der Leiharbeitsfirma ausliegt, sollen Fahrkosten 100% zurückerstattet werden. Sie erhielt keinen Cent! Bei der Vergütung betrogen die Fahrkosten 12 – 20% des Nettoehalts.

Konntest du von der Vergütung gut leben?

Nein. Am Anfang ging es gerade so. Durch Nacht- und Feiertagszuschläge verdiente ich 950 bis 1050 Euro. Es ist nicht viel, vor allem weil nach Abzug von 350 Euro Miete zwei Personen von 600 bis 700 Euro leben mussten. Nach vier Monaten wurden die Nachtschichten abgeschafft, wodurch ich gerade mal 820 bis 850 Euro im Monat verdiente. Das sind weniger als 200 Euro über dem Hartz IV-Satz und dafür quält man sich 40 Stunden die Woche ab!

Dieses Gespräch wurde geführt von der Anarchosyndikalistischen Jugend (ASJ) Göttingen

Kontakt und Infos

zu den an der M31 times mitwirkenden Gruppen und Initiativen

Basisgruppe Antifaschismus – Kommunistische Gruppe aus Bremen
St. Pauli-Str. 10-12
28203 Bremen basisgruppe-antifa.org

Fast Forward Hannover – Kommunistische Gruppe c/o Infoladen
Kornstraße 28-30
30167 Hannover fastforwardhannover.net

Antifa AK Cologne
c/o AstA Uni Köln
Universitätstr. 16
50937 Köln no-racism.de

Antikapitalistisches Krisenbündnis Göttingen (sofern nicht anders aufgeführt sind die Gruppen postalisch oder per Zettel im Fach erreichbar über:)
c/o Buchladen Rote Straße
Nikolaikirchhof 7
37073 Göttingen

ak panda akpanda.blogspot.de

Anarchosyndikalistische Jugend (ASJ) Göttingen
asjgoe.blogspot.de

GRÜNE JUGEND Göttingen
Lange-Geismar-Straße 73
37073 Göttingen gj-goettingen.de

Gruppe Gegenstrom gegenstrom.blogspot.de

KulturKollektiv Göttingen
Allgemeiner Studierendenausschuss (AstA)
Goßlerstraße 16a
37073 Göttingen
[facebook.com: KulturKollektiv Göttingen](https://www.facebook.com/KulturKollektivGöttingen)

redical M redical.org

V.i.S.d.P.: Alexandra Kahrlo/redical M
c/o Buchladen Rote Straße, Nikolaikirchhof 7, 37073 Göttingen
Für die einzelnen Artikel sind die jeweiligen AutorInnen selbst verantwortlich.

Prekär, rentabel, isoliert.

Es erscheint fast so, als hätte sich seit dem medialen Auftreten der Krise 2008 einiges geändert. Während Kritik am Kapitalismus stets nur als Thema einer verblendeten linken Randgruppe dargestellt wurde, wird mittlerweile in Nachrichtenmagazinen und Talkshows zur besten Sendezeit über die „Krise des Kapitalismus“ diskutiert, während die Rufe nach alternativen Formen des Wirtschaftens immer lauter werden. Hat hier ein Umdenken eingesetzt? Wer sich ins Spektakel ziehen lässt, wird genau dies meinen. Doch ein Blick auf die Lebensverhältnisse zeigt, dass sich zwar viel verändert, jedoch nicht in Richtung Alternativen, sondern in Richtung „Verbesserung“ des Bestehenden.

Gemeinhin wird viel von der Konjunktur der deutschen Wirtschaft gesprochen. Während die meisten anderen Staaten mit den Auswirkungen der globalen Finanzmarktkrise zu kämpfen haben und in ihrer Kreditwürdigkeit herabgestuft werden, behauptet sich der Export-

des Kündigungsschutzes gemeint. Da es für dessen Auflösung aber noch nicht genug Rückhalt gibt, bietet das Modell Leiharbeit eine interessante Alternative und kann so zur schleichenden Verdrängung von Angestellten, hin zu größtenteils zusammengeliehenen Belegschaften führen. Von Regierungsseite, egal ob schwarz-grün-gelbrot, wurden dafür in den letzten Jahren alle nötigen gesetzlichen Grundlagen geschaffen. Gerade die allgemeine Verunsicherung durch die Finanzkrise wurde für die Deregulierung von Arbeitsverhältnissen äußerst erfolgreich ausgenutzt.

Da die große Krise eben nicht zu Massenentlassungen führte, sondern an Umstrukturierungen gearbeitet wurde, die ab heute alle künftigen Generationen tragen müssen, blieben Proteste aus. Die Verschlechterung unserer Lebensverhältnisse wird erst nach und nach deutlich. Wahrscheinlich wird von Regierungsseite darauf spekuliert, dass Proteste so gar nicht erst aufkommen. Denn



weltmeister Deutschland als krisenbeständige ‚soziale‘ Marktwirtschaft. Dieser Erfolg kommt jedoch nicht von ungefähr, sondern ist das Resultat der enormen neoliberalen Umstrukturierungen der letzten Jahre.

Abseits der frohen medialen Verheißungen und bei näherer Betrachtung der sozialen Verhältnisse wird die große Diskrepanz zwischen dem „Krisengewinner“ deutsche Wirtschaft und den immer prekärer werdenden Lebensverhältnissen deutlich. Beispielhaft dafür ist die Lebensrealität der mittlerweile mehr als 1.000.000 Leiharbeiter*innen in der BRD.

Leiharbeit bzw. Zeitarbeit bezeichnet ein Arbeitsverhältnis, das gerade in Krisenzeiten sehr beliebt ist. Leiharbeiter*innen befinden sich im Personalpool eines sogenannten „Personaldienstleisters“ (oder schlicht „Verleihers“). Wer Arbeitskräfte benötigt, z.B. aufgrund voller Auftragsbücher, kann sich diese für einen bestimmten Zeitraum ausleihen.

Aus unternehmerischer Sicht ist dabei besonders die Möglichkeit, die geliehenen Arbeitskräfte schnell wieder loszuwerden, attraktiv. So sollen sich Personalkosten weniger negativ auf die Firmenbilanz auswirken. Diese Regelung, die eigentlich für kleine und mittelständische Unternehmen gemacht wurde, wird von den Großkonzernen ebenso dankbar genutzt.

Auch der Raum Göttingen ist davon nicht ausgenommen. Obwohl Göttingen mit 130.000 Einwohner*innen eine mittelgroße Stadt ist, finden sich hier allein über 30 Leiharbeitsunternehmen, deren Aktivität sich nachhaltig auf die Wirtschaft Südniedersachsens auswirkt.

Um die Krise zu meistern, wird allorts mehr Flexibilität eingefordert. Damit ist vor allem die Aufweichung arbeitsrechtlicher Absicherungen wie beispielsweise

erst, wenn die Deregulierung schon im vollen Gange ist, wird einem Großteil auffallen, was gerade mit dem eigenen Leben passiert. Die Meisten sind dann schon so weit in der Prekarität, also in einer strukturellen Abhängigkeit und Unsicherheit, dass sie kaum Zeit haben werden, an Protest zu denken oder überhaupt an ihn zu glauben.

Denn Leiharbeit entzieht betrieblicher Organisation von Lohnabhängigen die Grundlage.

Das Problem sind die entstehenden Mischbelegschaften, die sich aus fest angestellten und geliehenen Arbeitskräften zusammensetzen. Hinzu kommt, dass die Leiharbeiter*innen oftmals von verschiedenen Verleihstellen und zu unterschiedlichen Konditionen eingestellt werden. Auf dieser Grundlage kann eben kein Gefühl einer kollektiven Proletarität aufkommen, stattdessen werden Probleme individualisiert. Die unterschiedlichen Arbeitsverträge führen sogar in vielen Fällen dazu, dass sich Fronten zwischen verschiedenen Leiharbeiter*innen und Festangestellten bilden. Mobbing, Hierarchien zwischen eigentlich Gleichgestellten sowie unfaire Aufgabenverteilung sind das Resultat dieser Oppositionsbildung und somit für viele Menschen leider Alltag.

So ist es nicht verwunderlich, dass es kaum eine*n gewerkschaftlich organisierte*n Leiharbeiter*in gibt. Genug Gründe dazu gäbe es: Bezahlung unter Hausniveau, häufige Unfälle und fehlender Arbeitsschutz - um nur einige zu nennen.

Im vierten Jahr der Krise wäre diese Organisation dringend an der Zeit!

Anarchosyndikalistischen Jugend (ASJ) Göttingen
Mehr Infos zu uns unter asjgoe.blogspot.de

Internationaler Antinationalismus!

Fünf Jahre nach Einbruch der Finanzkrise, nach den Aufständen im arabischen Raum, nach erbitterten Abwehrkämpfen in Europa gegen dramatische Verschlechterungen der Lebens- und Arbeitsbedingungen, regen sich auch in der deutschen Linken wieder Debatten um die Krise. Es scheint offensichtlich zu werden, dass Teilbereichskämpfe in und gegen die Produktions- und Reproduktions-Sphäre nicht im Stande sind, den von der Troika (EZB, EU, IWF) verordneten Sparplänen Paroli zu bieten. Durch diese Erfahrung sind in den letzten Jahren verschiedenste Bewegungen aufgetreten, die nach einer gemeinsamen, gegenseitigen Bezugnahme der Kämpfe suchen. Diese transnationalen Bewegungen – ob „Occupy“ oder Arabischer Frühling – sind Beleg dafür, wie aufeinander bezogene Aktionen weitere Resonanzen entfesseln und die tradierten Vorstellungen vom politischen Terrain (die jeweilige „eigene“ Nation, der zugeordnete Verwertungsraum im Weltsystem) zumindest ideell sprengen.

Jedoch teilen die diversen Bewegungen die gleiche Problematik. Die gemeinsamen Artikulationsversuche verbleiben in Unbestimmtheit und leeren Abstraktionen. Zugleich geistert eine Ahnung von der Möglichkeit kollektiver Handlungsmacht durch viele Kämpfe. Gegen diese Idee des Aufstandes agitieren, in „der europäischen Linken“, die Vertreter des Staatsidealismus, in zwei sich gegenseitig bedingenden Polen: Die eine Richtung besagt, dass die sozialen Kämpfe nur auf einer „moralischen Grundlage“ zur Gestaltungsgröße in der Politik avancieren könnten. Gegen das aktuelle EURO-pa der Sparprogramme solle die „Idee Europa“ stark gemacht werden, und als gemeinsamer Nenner der verschiedenen Kämpfe dienen. Die andere Richtung tritt für die Politik ein, die angeblich von „bösen Gestalten“ (Banksters) ihrer wahren Kraft beraubt wurde. Für sie erscheint als Ziel der Kämpfe nur die Konstitution einer souveränen Herrschaft, die dann als Bezugs- und Handlungsrahmen überhaupt erst die Möglichkeit einer sozialen Reformierung der Gesellschaft ermögliche. Im Folgenden werden wir zunächst unsere Kritik an beiden Richtungen entfalten und versuchen, ihre reaktionäre Rolle in der gegenwärtigen Diskussion um ein Programm der sozialen Offensive kurz darzustellen. Im Anschluss werden wir aus der Kritik an Staat und Kapital eine weitere Stoßrichtung für die soziale Revolte ableiten und zur Debatte stellen: Diesen Ansatz nennen wir den internationalen Antinationalismus.

Die „Idee Europa“ gegen EURO-pa

Ob in Schule, Universität oder in linken Feuilletons – die „Idee Europa“ ist eine heilige Kuh. Gerade in Zeiten von Krieg und Krisen wird Sie zur Berufungsinstanz erkoren. Der deutsche Philosoph Georg Simmel verstand in Mittem des ersten Weltkrieges genau, was es mit dieser Berufung auf die „Idee Europa“ auf sich hat und wogegen sie steht: *„Die internationale Gesinnung und Wesensart [...] ist ein durchaus sekundäres Gebilde, [...] und ein Feind des wurzeleigenen nationalen Wesens. Das Europäertum dagegen ist eine Idee, etwas durchaus Primäres, nicht durch Zusammensetzung oder Abstraktion erreichbar – gleichviel wie spät es auch als historische Macht auftauche. Es steht nicht zwischen den Nationen, sondern jenseits ihrer und ist deshalb mit jedem einzelnen nationalen Leben ohne weiteres verbindbar.“*

Jenseits der für Nationalisten üblichen spekulativen Suche nach Differenz und Gemeinsamkeit von nationalen Identitäten erkennt Simmel in der „Idee Europa“ gerade den Nutzen, die eigene Nation gegen „den Virus“ eines um sich greifenden Internationalismus der ArbeiterInnenbewegung zu impfen. Auch heute spielt die „Idee Europa“ unter anderem diese Funktion. Zum andern besitzt die „Idee Europa“ in ihrer „Idealität“ auch in Hinblick auf die ideologische Krisenverarbeitung einen Nutzen. Der preußische Staatsphilosoph Hegel schrieb: *„Der Krieg als der Zustand, in welchem mit der Eitelkeit der zeitlichen Güter und Dinge, die sonst eine erbauliche Redensart zu sein pflegt, Ernst gemacht wird, ist hiermit das Moment, worin die Idealität des Besonderen ihr Recht erhält und Wirklichkeit wird.“* Die „ideellen Güter“, der Wert Europas ist kein bloßes philosophisches Geschwätz neben der Welt; es ist eine Angelegenheit, bei denen es den europäischen Staaten, die versuchen die Krise zu meistern,

schwer darauf ankommt, dass ihre Bürger die „Idee Europa“ auch als ihre Idealität anerkennen und für Sie ihrer „Eitelkeit der weltlichen Güter“ abschwören. Aber was ist die Idee Europas überhaupt? Viel Papier ist dazu entstanden und viel Unsinn verzapft worden. Die ehrlichste Antwort gab jedoch der scheidende Präsident der europäischen Zentralbank, Jean Claude Trichet, mit seiner Beschreibung: *„Unser Vorbild war der einheitliche amerikanische Markt. Wenn wir Wohlstand und Frieden wollen, so hieß es damals, dann müssen wir von den gleichen Größenvorteilen, vom gleichen Freien Markt profitieren wie die Vereinigten Staaten. So sahen es die Gründungsväter Europas. Wenn das damals zutraf, dann umso mehr heute.“*

Inzwischen ist ja allgemein bekannt, dass hauptsächlich Deutschland von freien Märkten profitierte und seine Exportüberschüsse andere europäische Nationalökonomien (z.B. Griechenland) ruinierten. Damit die „Idee Europa“ weiter gilt, wird in Europa inzwischen „Deutsch gesprochen“, worunter die Verarmung der Massen für die Verwertungsmöglichkeiten des Kapitals verstanden wird.

L'Etat pour moi

In der Krise erschallt der Ruf nach dem Staat, nicht nur von den kreditlosen AutobauerInnen oder den in der Liquiditätskrise steckenden Banken. Auch die Linke sieht sich mal wieder bestätigt. Das Finanzkapital habe mithilfe skrupelloser ParlamentarierInnen „die Politik“ verhökert. Gefangen vom Wohlwollen der „Finanzmärkte“ würden die Staaten ihrem eigentlichen Auftrag der Befriedigung des Volkswillens nicht mehr nachkommen. Neben solch recht einfach gehaltenen Erklärungsmustern finden sich selbstredend ein Haufen akademischer Ausführungen gleicher Art. Hintergrund dieser Behauptung ist ein verklärendes Bild vom „golden age of capitalism“ (Hobsbawm). Demnach war der Staatsinterventionismus, inklusive seiner ideologischen Untermauerung durch den Keynesianismus Mitte des 20. Jahrhunderts, nicht Resultat der Monopolisierungstendenzen (Imperialismus), der Problematiken in der Mehrwertproduktion (Mattik) und den revoltierenden Arbeiterkämpfen (Silver); er steht für einen ominösen „Klassenkompromiss“, der auf einem für die Arbeiterklassen vorteilhaften „Kräfteverhältnis“ bestanden habe. In dieser Lesart wird nicht nur die innere Geschichtlichkeit des Kapitals verleugnet, sondern der Kampf für eine befreite Gesellschaft auf den Staat, dem Territorium seiner Niederlage, fixiert. Hiernach hätten die „ideellen Gesamtkapitalisten“ die obskure ahistorische Potenz alle Krisenproblematiken qua Souveränität für alle Ewigkeit zu bannen und die beständige Verwertung des Werts zu gewährleisten. Und so bedarf die globale Kapitalakkumulation nichts dringender als eine „wirkliche Nachfrage“ zu schaffen und neue „Führungs-

Bei dem folgenden Gastbeitrag der Athener Zeitung „Drasi“ handelt es sich um eine Erklärung bzw. einem Aufruf, der kurz nach den seit Dezember 2008 stattgefundenen schwersten Unruhen am 12. Februar 2012 erschien und zu weiteren Protesten für eine Woche später, den 19. Februar mobilisierte.

Der Riss geht tiefer –

Nehmen wir alles in unsere Hand!

Mit Aufkommen der Dezember-Bewegung 2008 – insbesondere in den letzten zwei Jahren – sieht sich die gegen die Gesellschaft gerichtete, aggressive Offensive des Staates und der Herrschenden (lokal und international) mit massenhaften Gegenmobilisierungen konfrontiert. Seit den Massendemonstrationen aus der Periode der Unterschrift des ersten Memorandum (Anm. d. Red.: Bekanntmachung) bis zu den Versammlungen auf den Plätzen im letzten Sommer, erleben wir eine Intensivierung sozialer Widerstände – sowohl was die Massen angeht, als auch bei der emanzipatorischen Selbstorganisation.

Der 12. Februar hätte ebenfalls ein Teil der Proteste sein können, aber es geschah anders. Die Menschen auf dem Syntagma-Platz stellten bereits im Sommer die Frage „wer entscheidet für wen?“ und mobilisierten als Konsequenz gegen die Regierung und das Parlament. Doch am 12. Februar erlebten wir den Bruch mit dem gesamten Staatsapparat; jener Staatsapparat, der das aktuelle politische und wirtschaftliche System unterstützt, pflegt und letztendlich reproduziert, ist unerwünscht und katastrophal verunglückt.

Die Beteiligung an diesem Tag hat alles bisherige übertroffen. Vor allem die Kampfbereitschaft, sowie die Geduld tausender Menschen als Reaktion auf die polizeilichen Angriffe, hat gezeigt, dass wir in eine neue Phase des sozialen Kampfes eingetreten sind. Seit diesem Tag benötigt der Appell gegen Staat und Politik eine eindeutig aggressivere und entschlossener Praxis.

Der äußerst gewaltvolle Angriff der Polizei – mit Verprügelungen, Verhaftungen und Trängengas auf die versammelte Menschenmenge – hat eine dynamische Reaktion hervorgerufen. So gelang es den Einsatzkräften selbst nach Stunden nicht, die sich zu Wehr setzende Menge auseinander zu treiben.

Aus der Reihe der Regierenden, versucht sich der Athener Bürgermeister Giorgos Kaminis einen besonderen Platz zu sichern. Kaminis, dem die Riotpolizei MAT unterstellt ist, mitverantwortlich für die rassistischen Pogrome, das soziale Chaos; er ist es, der seine Rolle als „Anwalt der Herrschaft“ beweisen wollte, indem er die Verhaftung sowie die Anzeige der BesetzerInnen des Athener Rathauses fossierte.

Der von den Massenmedien und dem Spektrum des politischen Systems offenkundige Versuch der Verdrehung der Realität und ihr gewaltvolles Vorgehen gegenüber der Bevölkerung, bestärkt die Wut der Bevölkerung





nur noch weiter, anstatt sie zu stillen. Die spektakuläre Nicht-Erwähnung der Größe der Kundgebung (Anm. d. Red.: bis zu 200.000 Menschen), sowie die verbreiteten Unwahrheiten über die Riots und das Anzünden von Gebäuden haben auch die letzte Illusion über den Erhalt von fundierten Informationen und Nachrichten durch die griechischen Medien begraben. Diese haben unmissverständlich gezeigt, dass sie ein nicht zu unterschätzender Bestandteil des gesamtgesellschaftlichen Herrschaftssystems sind.

Die massive Wut der Bevölkerung wird mit Begriffen wie „Provokateurologie“ (z.B. Dezember 2008) diffamiert. Sei es, indem dadurch die Argumentation der Regierung unterstützt und reproduziert wird oder indem die Medien ihre eigene Distanz bezüglich der wirklichen sozialen Bewegung und deren Forderungen vertuschen. So oder so tragen die Medien mit ihren Mitteln dazu bei, die zentrale Tendenz des Regimes namens „Rückkehr zur Normalität“ (ob durch Wahlphantasien oder den gewohnten „organisierten“ Paraden) mitzutragen. Schon jetzt bereitet der allesüberspannende mediale Fokus auf die „Zerstörungen“ durch die angeblichen „Provokateure“ den Nährboden für härtere Repression und Einschränkung von Rechten. Denn jeder, der sich erhebt, gerät in die Zielscheibe.

Die 199 „Ja“-Stimmen (Anm. d. Red.: Des griechischen Parlaments zu einem weiteren Sparpaket) können nicht die Millionen Nein-Stimmen, die am 12. Februar erschallt sind, übertönen. Wir haben nicht unterschrieben oder abgestimmt und deswegen machen wir weiter. Aber diese „Sonntage“ reichen nicht. Eine entschlossene Steigerung des Kampfes bedeutet die Formierung der Selbstorganisation, sowie die Selbstverwaltung am Arbeitsplatz weiter zu entwickeln und dies weiter zu verbreiten. Wir zielen auf Besetzungen kommunaler und staatlicher Gebäude, auf die Blockade der kapitalistischen Produktion und des Konsums sowie die horizontalen, antihierarchischen Versammlungen überall, die die Direkte Demokratie sowie die Selbstbestimmung ermöglichen werden.

Mit kollektiven, direkten Kämpfen, werden wir den uns zustehenden sozialen Reichtum erlangen. Jetzt können wir unser Leben in unsere Hand nehmen! Wir sind viele, sie sind wenige und unerwünscht. Entweder sie oder WIR! Freiheit für alle Gefangenen aus den bisherigen Mobilisierungen! Stopp jeglicher Verfolgung von sich Erhebenden! Freispruch für die verhafteten der Besetzung des Athener Rathauses.
AM SONNTAG, 19. FEBRUAR,
WIEDER ZUM SYNTAGMA-PLATZ
SOZIALE REVOLUTION – DIREKTE DEMOKRATIE ÜBERALL

Zeitung *ΑΡΑΣΗ*

Athen, 17. Februar 2012, efimeridraasi.blogspot.com
 (Anm. der Übers.: *ΑΡΑΣΗ* = Aktion)

Aus dem Griechischen übersetzt von John Malamatinas und Said Jarrah.

technologien“ mittels „Green Capitalism“ zum Zwecke der Geldvermehrung einzuführen. Allein das die oberen Etagen von solcher Art pragmatischen Vorschlägen zur Aufrechterhaltung der Ausbeutung und Unterdrückung nichts hören wollen, lässt die Behauptung von der verblichenen Souveränität der Staatsgewalt in noch hellerem Lichte erscheinen. Solcher „linker Glaube“ an die Macht des Staates führte am 20. Oktober 2011 dazu, dass die KKE (griechische StalinistInnen) in Athen die Parlamentsitzung zur Abstimmung eines weiten Sparpakets durch ihre „Schlägerbanden“ absichern ließ. Wer die Macht im Staate erringen will, der muss den Aufstand zerschlagen.

Was tun? – Positionsbestimmung

In den letzten Jahren unternahmen einige antinationale Zusammenhänge den Versuch, internationale Bezüge herzustellen. Auch wenn bisher die Kapazitäten größere Initiativen nicht ermöglichten, behielten alle Versuche eine klare inhaltliche Linie bei: Abgrenzung gegenüber der staatstragenden Linken, und die Ablehnung einer sogenannten „Solidarität der Völker“. Im Sinne einer Stärkung des revolutionären Defätismus agitierten wir – lokal und überregional – gegen global agierende Unternehmen mit deutscher Anschrift oder gegen deutsche und europäischen Institutionen. Bei den Aktionen ging es darum, die Nation als unhinterfragter Bezugspunkt der Politik zu kritisieren und in symbolischer Aktionsform den vorgestellten Nutzen für das jeweilige nationale Allgemeinwohl anzugreifen. Parallel suchten wir die Kommunikation mit den Revoltierenden, was allerdings nicht immer gelang.

So wurden während zwei bundesweit ausgerufenen Aktionstage im Rahmen der Kampagne „Antifa Teheran“ der Aufstand von 2009 gegen die Islamische Republik des Iran unterstützt und zum Beispiel deutsche Firmen, die sich im Iran ihre Hände schmutzig machen, öffentlich angegriffen. Kritische Recherchen ergaben, dass die deutsche Wirtschaft mit Rückendeckung des deutschen Staates das IRI-Regime unterstützt. Zentral für diese Kampagne war dabei die Blockade des IRI-Konsulats in Frankfurt. Die Blockade, die das direkteste und weitgehendste Solidaritätssignal an die Revoltierenden im Iran sendete, was wir in dieser Situation senden konnten. Leider konnten wir in der breiten Linken keine Unterstützung finden, da „die traditionelle, linke Rezeption des politischen Falls Iran und die beschränkte Fähigkeit, auf 2009 angemessen zu antworten“ bestehen blieb.

Bei unserer Beteiligung am globalen „Eurest-Aktionstag“, der von den GenossInnen der Industrial Workes of the World organisiert worden war, sammelten wir Erfahrungen anderer Art: so erfuhren MitarbeiterInnen der Ford-Kantine in Köln direkte Unterstützung von Eurest-ArbeiterInnen von New York bis Frankfurt, die mit Aktionen weltweit ihre Solidarität mit den Ford-ArbeiterInnen bekundeten und Druck auf das Eurest und Ford Management ausübten. Vielleicht nur ein Zeichen, dass in Zeiten gewerkschaftlich organisiertem nationalem Konkurrenz-Kampf der Stammebelegschaften um Arbeitsplätze, trotzdem in Teilen der Arbeiterschaft ein Bewusstsein für die Bedeutung von Solidarität zu wecken ist. Ziel bleibt die Thematisierung einer Vernetzung

der Lohnabhängigen international entlang von transnationalen Verwertungsketten, um die Frage nach der „Produktionsmacht“ (Silver) in der „verborgenen Stätte der Verwertung“ (Marx) wieder frei zu schaufeln.

2011 wurde in Hinblick der unberechenbaren Ausbreitung von praktischer Solidarität in Deutschland ein neuer Höhepunkt erreicht: die Räumung des linken Hausprojektes „Liebig 14“ hatte als Folge, dass sämtliche Polizeieinheiten bundesweit 24 Stunden im Alarmdienst standen. Tatsächlich knallte es nicht nur in Berlin,

sondern in ganz Deutschland und darüber hinaus, spontaner denn je. Dies verstanden wir als Konsequenz auf weitere staatliche Räumungsphantasien, z.B. gegen die Roten Flora in Hamburg.

Dabei erinnerten diese solidarischen Kettenreaktionen an die internationale Reaktion auf die Dezemberrevolte 2008 in Griechenland. Die Besetzung der griechischen Botschaft in Berlin am 8. Dezember 2008, die in allen griechischen Medien erschien, die zahlreichen Aktionen und Demonstrationen verteilt auf der Weltkarte, „beflügelten“ unsere GenossInnen in Griechenland, ihren Kampf nicht aufzugeben.

Yes! Antinational solidarity!

All diese Fälle eint die Motivation, im weitesten Sinne solidarisch zu sein. Aber was bedeutet Solidarität überhaupt? Heute handelt es sich um eine unterschiedlich verwendete Wort-Hülse. Ihre linksradikale Bestimmung erweist sich, angesichts des hegemonialen Verständnisses, als problematisch. In der bürgerlichen Gesellschaft wird unter dem Solidaritätsprinzip eine interessenlose Verpflichtung auf das „Allgemeinwohl“ verstanden: frei nach dem Motto „Einer für alle, alle für einen“. Von der Abwälzung der Reproduktionskosten der ArbeiterInnen auf sie selbst in der Sozialversicherung, bis hin zur „Agenda 2010“ oder den Austerity-Maßnahmen schallt der Ruf nach „Solidarität“ immer im Sinne nationaler Pflichterfüllung für Staat und Kapital.

Unser Verständnis „antinationaler Solidarität“ steht dieser Verpflichtung auf die Nation diametral entgegen. Wir schließen an das Verständnis von Solidarität der ersten Internationalen an. Marx und Engels hatten für Sie das Grundprinzip der Solidarität aus der Notwendigkeit des internationalen Charakters der sozialen Revolution hergeleitet. Zugleich war damals klar, dass nur im Willen, den ganzen Laden aufzuheben, eine solidarische Erhebung möglich sei. In diesem Sinne sagen auch wir: „Die Umwälzung muss solidarisch sein“.

Das Prinzip Solidarität muss also radikal und umfassend (wieder)besetzt werden. Solidarität gehört aus dem isolierten Teilbereichssumpf herausgefischt, wiederbelebt und aktualisiert, so das sie von jedem reaktionären und vor allem vom nationalen Tunnelblick befreit wird.

Wir wollen nicht in einem naiven Bewegungsoptimismus verfallen, aber wir sehen in den Kämpfen immer wieder Ansatzpunkte theoretischer und politischer Radikalisierung. Der Kampf um ein besseres Leben gelingt aber eben nur als soziale Revolution. Bis dahin gilt es für uns, die Idee einer antinationalen Solidarität über die Grenzen Deutschlands und Europas hinaus Flügel zu verleihen, und weiter dem Zusammenhang von Staat, Nation und Kapital im Fokus der Kritik und Aktion zu behalten – fern ab von jeglicher reformistischen und alteingesessenen Linken Illusion.

Für eine internationale antinationale Bewegung!

AG „Just Do It“ Antifa AK Köln,

Griechenland reinigt sich im Schmutz

Faschisierung

Für die griechische Geschichte ist es nichts Neues, dass sich nach Aufkommen einer linksradikalen Bewegung bzw. eines Aufstands (z.B. Dezember-Revolte 2008) eine reaktionäre Stimmung, die die konservativsten Charakteristiken in breiten (und sicher mehrheitlichen) sozialen Schichten mobilisiert, breit macht. Auch ist es nicht neu, dass der Nährboden der „ökonomischen Krise“ als Teich von Soliah für die Reinwaschung der schlimmsten griechischen FaschistInnen fungiert. Drei Jahre nach dem landesweiten Aufstand der griechischen Kids kursiert bei Einigen weiterhin die Frage, ob die griechische Gesellschaft schon faschistisch ist oder sich langsam faschisiert; so, wie auch das Diskussionsfeld des politischen Mainstreams sich zum Faschismus neigt. Andere, selbstverständlich, werden sich nicht überzeugen lassen, dass es ein Problem mit dem Faschismus gibt – außer sie sehen vor ihrer Haustür Neonazis aufmarschieren.

Schon kurz nach der Ermordung Grigoropoulos' am 18. Dezember 2008 wurde ein 16-jähriger Schüler in Peristeri (Athener Stadtteil) vor der Schule angeschossen und musste chirurgisch behandelt werden. Die TäterInnen wurden nie gefunden. Am 24. Februar 2009 wurde in der Straße Tsamadou, im Herzen von Exarchia (Athener Stadtteil) und in einem Zentrum der dort ansässigen MigrantInnen, eine Handgranate geworfen – der Platz war voll mit verschiedensten Leuten, die eine politische Veranstaltung besuchten. Durch einen ungeplanten Abprall schaffte es die Handgranate zum Glück nicht durch das Fenster des Zentrums. Auch diese TäterInnen wurden von der Anti-Terrorereinheit nie gefasst. Am 12. Juli 2010 wird der Polizei „der Bomber aus Parnitha“ überliefert; dabei handelt es sich um einen Offizier und Neonazi, der zugegeben hat, eine Bombe an einem linken und anarchistischen Veranstaltungsort platziert zu haben. Der 32-Jährige wurde frei gesprochen.

Aber lassen wir einmal die Waffen beiseite und widmen wir uns dem offiziellen politischen Geschehen; z.B. der Tatsache, dass die Neonazis der „Goldenen Morgendämmerung“ in den vergangenen Kommunalwahlen mit 5,3% Stimmen historisch erstmals den Gewinn eines Sitzes (ca. 10.000 Stimmen) im Stadtparlament Athens (im Bereich des sechsten kommunalen Distrikts) feierten. Halten wir fest, dass die relativ neue Partei von NationalistInnen „LAOS“ (ab 2000) in den Wahlen von 2007 ins Parlament einzog und ihre parlamentarische Präsenz 2009 erhöhen konnte. Just in dem Moment, wo dieser Text geschrieben wird, stehen wir kurz vor den Wahlen 2012, und den Umfragen nach zu urteilen stehen die Neonazis der „Goldenen Morgendämmerung“ vor dem Einzug ins Parlament. Ah! Und vergessen wir nicht, dass „LAOS“ seit drei Monaten in der Regierung mit Makis Voridis (ehem. Neonazi-Kader) und Adonis Georgiadis (Teil des Bücher-Teleshoppingprogramms mit Angeboten wie das „Protokoll der Weisen von Zion“) zwei (Vize-) Minister – Transport bzw. Schiffswesen – stellt. Nach den neusten Entwicklungen sind die zwei Minister der „nea dimokratia“ (konservative Partei) beigetreten – nachdem sie gegen ihre Partei „LAOS“ für das Memorandum gestimmt haben.

Aber wenden wir uns zum Schluss auch dem „Bewegungsaspekt“ der FaschistInnen zu: der Attikis Platz und der Agios Panteleimonas Platz werden als die „eigenen“ Regionen vereinnahmt. Die Erinnerungen von den Pogromen im Mai 2011 im Zentrum Athens sind noch deutlich präsent, als hunderte MigrantInnen asiastischer bzw. nicht-weisser Herkunft verletzt wurden, einer von ihnen sogar tödlich. Charakteristisch ist auch die Konstitution erster Ansätze von griechischen „Autonomen Nationalisten“ in den letzten drei Jahren.

Die extreme Rechte befindet sich allerdings nicht abgegrenzt in einer eigenen, isolierten Sphäre abseits der „Mitte der Gesellschaft“. Weiter oben hätte ebenfalls die Tatsache erwähnt werden können, dass bis vor kurzem 50 und mehr politische Gefangene vom anarchistischem Raum im Knast stecken. Und dass der andauernde mediale Krieg, den die Anti-Terrorereinheit gegen jenen politischen Raum als Ganzen betreibt, mit der Begründung der „Zerschlagung zweier oder dreier bewaffneter Organisationen ihren ideologischen Beitrag zur Hetze leistet. Nicht zu vergessen ist die Tatsache, dass sowohl Rassismus und Antisemitismus als auch eine allgemeine nationale Hysterie Charakteristika darstellen, die immer mehr von mainstream-politischen Räumen der Rechten und

dem sogenannten Zentrum, wie der „nea dimokratia“ und „PASOK“ (sozialdemokratische Partei) geteilt werden. Und – warum auch nicht? – auch von der antiimperialistischen Linken.

Eine ausgiebigere Analyse würde hier den Rahmen sprengen. Doch für die Linke reicht es hier zu sagen, dass sich aus ihrer Perspektive nicht nur ein vollkommener Verlust des Bürgerkrieg-Bewusstseins verzeichnen lässt, sondern dass sie sich zugleich nationalen Krisenerklärungen bedient; dabei fokussieren auch sie die Konstruktion einer homogenen und allgemeinen Attacke eines „Fremden“, welches das Volk bedroht: sei es im aktuellen Diskurs die „Troika“ oder – was auch vorkommt – die „MigrantInnen“, was im verharmlosenden Linken-Jargon auf einer „Ausweglosigkeit aus dem Fehlen einer Migrationspolitik seitens der Regierung“ beruht.

Die Frage nach dem „Warum“ des Aufstiegs der extremen Rechten bzw. der Faschisierung der griechischen Gesellschaft geht für uns Hand in Hand mit der Frage nach dem „Wie“. Es ist wahr, dass im letzten Jahrzehnt eine erfolgreiche Retusche des Looks der vielerwähnten „faschistischen Minderheit“ von statten gegangen ist; diese ist eine genauere Betrachtung wert.

Neue Organisationsformen der Faschisten

a) Wie bereits erwähnt wurde, haben die FaschistInnen ihre Beziehungen zu staatlichen Institutionen erfrischt – ohne hier behaupten zu wollen, dass diese Beziehungen jemals seit der griechischen Unabhängigkeit (1913) bis heute gänzlich ausblieben. Der qualitative Wechsel aber ist heute durch die öffentliche Wiederaufnahme der Diskussion um ihren faschistischen Raum verkörpert; eine Diskussion, die nach der Militärdiktatur relativ irrelevant geworden war. Heute machen die FaschistInnen ihr Vordringen in die Massenmedien verwertbar, indem sie die Strategie der „doppelten Sprache“ an getrennten HörerInnenenschaften entwickelt haben. In den Massenmedien bei hoher Zuschauerzahl samt Reichweite spielen sie die Rolle des „gesetzestreuen Politikers“, der für das nationale Wohl kämpft. In ihren privaten Sendern und Zeitungen streicheln die selben NationalistInnen ihre „wilde Hörerschaft“ und kehren zu ihren wesentlichen antisemitischen und rassistischen Mustern zurück. Irgendwie in diesem Spannungsverhältnis gelingt ihnen auch sogar die wichtigsten Fragestellungen ihrer Agenda für ein breiteres Publikum zu „öffnen“ und Debatten auszulösen (z.B. über das Geschichtsbuch der sechsten Klasse, das Gesetz zur Aufenthaltserlaubnis, ein Dokumentarfilm über 1821 im privaten Fernsehsender SKAI, die Kriminalitätsrate im Zentrum Athens etc).

b) Der aufgemotzte Look im Fernsehen bewirkt auch eine neue Bewegungspräsenz auf der Straße; schließlich sind die Scheissfratzen der rasierten Neonazis außer Mode. Die Lösung heisst „AnwohnerInnenkomitees“, also ein Haufen kleinbürgerlicher NationalistInnen, die es in den Fokus der Politik geschafft haben. Diese „Anwohnerkomitees“ als Speerspitze des antimuslimischen Rassismus und des sogenannten „Migrationsproblems“ waren Hauptdarsteller in den Pogromen des Mai 2011 im Zentrum Athens – dort war es nämlich, wo die Komitees die Präsenz der faschistischen ParlamentarierInnen und kommunalen PolitikerInnen in den Massenmedien durch ihre eigene ersetzten und im gleichen Zug ihre soziale Legalisierung ergatterten. Als die Lichter der Kameras dann nicht mehr schienen, beteiligten sich die „AnwohnerInnenkomitees“ an der Rechtfertigung der Athener Messerstich-Party im Mai, indem sie permanent Angst vor MigrantInnen schürten.

c) Eine letzte Waffe, derer sich die FaschistInnen in den letzten fünf Jahren häufiger bedienen, ist die strategische Öffnung in Richtung griechische Jugend. Diese Herangehensweise drückt sich in der Regel in einem antisystemischen, hin und wieder auch antikapitalistisch-aufständischem Profil auf, erweitert um die gemeinsamen ideologischen Speerspitzen – wo sie existieren – des Antimperialismus und des Antizionismus/Antisemitismus. Für solche faschistische Agitation in der Jugendbevölkerung erweisen sich in jüngster Zeit Fussball-Fanclubs als sehr nützlich; dort manifestiert sich die Rekrutierung in Gruppen von 15-jährigen Kids, die vor allem nicht-weiße MigrantInnen überfallen und in der Verdichtung der faschistischen Linien in ihren eigenen Festivals.

We like NoWKR!

Eine kurze Einschätzung von »... ums Ganze!« zur WKR-Demo

Vor ungefähr einem Jahr startete das kommunistische »... umsGanze!«-Bündnis unter dem Titel „Vielen Dank für die Blumen – Gegen Integration und Ausgrenzung“ eine Kampagne gegen Sozialchauvinismus und Rassismus. Dabei entstand die Idee, vor dem Hintergrund der Konjunktur reaktionärer Ideologien in Europa und der damit verbundenen Hetze, die nach dem Motto funktioniert: Schuld an der Misère ist nicht das kapitalistische System, sondern sind „die Anderen“, die „Sozialschmarotzer“ und „Integrationsverweigerer“, ein deutliches Zeichen zu setzen. (Stichworte: Thilo Sarrazin-Debatte/Wahlerfolge der FPÖ – Freiheitliche Partei Österreichs, die mit rechtspopulistischen bis neonazistischen Elementen deutlich über 20 Prozent der Stimmen erhält/„Pleitengriechen“ usw.) Im Rahmen dieser Kampagne wurde sich auf eine linksradikale Mobilisierung gegen den jährlich stattfindenden reaktionären Ball des Wiener Korporationsrings (WKR-Ball) geeinigt. Dieser Burschenschaftlerball stellt ein europaweites Treffen von Rechtspopulist_innen bis Neonazis dar: So gaben sich unter anderem Heinz-Christian Strache (FPÖ), Marine Le Pen (Front National) sowie Mitglieder von Vlaams Belang und den Schwedendemokraten am Jahrestag der Auschwitz-Befreiung die Klinke in die Hand. Eröffnet wurde der Ball in der Wiener Hofburg – dem österreichischen Äquivalent zum Schloss Bellevue – vom dritten Nationalratspräsidenten Martin Graf (FPÖ). Dass ein Staatsoberhaupt Österreichs die Rechte Europas am Jahrestag der Auschwitz-Befreiung zum Tanz einlädt („european right wings celebrate on holocaust day“ fasste das CbsCBS-News kurz und bündig zusammen) ist symbolisch für ein Land, in dem rassistische und antisemitische Vorstellungen weit verbreitet sind und ein ausgeprägter Geschichtsrevisionsismus (Österreich als erstes Opfer des nationalsozialistischen Deutschlands) bis heute vorhanden ist. All dies trifft in Österreich auf eine schon immer relativ schwache Linke; was auch die Bezeichnung der 1968er Bewegung als „heiße Viertelstunde“ (Frankfurter Rundschau) verdeutlicht.

Inhaltliche Stoßrichtung

In der schwersten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg tritt deutlicher zu Tage was zuvor schon der Fall war: der kapitalistische Normalbetrieb und reaktionäre Ideologien gehen Hand in Hand. Der Ton wird rauer und die Weltmarktkonkurrenz schärfer. Der kapitalistische Reichtum wird universell produziert, aber immer noch privat und national angeeignet. Deshalb gilt die erste Sorge auf der stürmischen See des Weltmarktes: dem „eigenen“ Boot und Standort. Dann wird es zur nationalen Tugend „den Gürtel enger zu schnallen“, um auf dem Weltmarkt zu bestehen; den „Verlierer_innen“ wird noch hinterher gerufen: „selbst Schuld, verkauft doch eure Inseln“ oder auch „das Boot ist voll“ – und Platz ist nur noch für hochqualifizierte Matros_innen. Sozialchauvinismus und Rassismus sind Fixpunkte einer ideologischen Rationalisierung, um nicht für die Schulden der in der allgemeinen Konkurrenz Untergegangenen aufkommen zu müssen. Vor diesem Hintergrund ist der Erfolg reaktionärer Einstellungen zu erklären, der sich durch Parteien wie z.B. der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) artikuliert. In diesen kalten Zeiten wird es kuschelig warm im nationalen Interesse. Dabei wird gerne übersehen, dass sich am Ende des Tages doch immer wieder die Frage stellt, wer im gemeinsamen Boot rudern muss und wer nicht. In diesem Sinne war unsere Mobilisierung gegen den WKR-Ball in Wien ein Versuch, die reaktionären Interpretationen der Krise ins Visier der Kritik zu nehmen - einer Kritik, die Staat, Nation und Kapital endlich auf den „Müllhaufen der Geschichte“ befördern will.

Vorfeld

»...umsGanze!« beteiligte sich an Aktionen gegen den Ball mit einer eigenen Mobilisierung: unter anderem mit einem Mobil-Video, zahlreichen Infoveranstaltungen, Pressearbeit und mehreren Bussen (Bremen/Hannover/Göttingen, Frankfurt (Main) & Berlin), um möglichst vielen Menschen zur Teilnahme an den Gegenprotesten zu verhelfen. Diese Bemühungen wurden auch von den Medien anerkannt: „Für die lange Reise - die er verschlief - hätten die Organisatoren des kommunistischen ‚Ums Ganze‘-Bündnisses 25 Euro verlangt. ‚So günstig kommt man nicht einmal mit Ryan-Air wohin.‘“ (Die Presse) Das österreichische Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) warnte daraufhin schon mal vor den „Demotouristen“ aus Deutschland und der „heißesten Veranstaltung der vergangenen Jahre“. (Die Presse) Auch wenn die Mobilisierung aus Deutschland ein Erfolg darstellt, bleibt jedoch festzuhalten, dass es vor der Mobilisierung gegen den Naziaufmarsch in Dresden und dem aktuellen Skandal um die rassistischen Morde des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) nicht möglich war den WKR-Ball zum hot topic zu machen. Anders in

Österreich: Der WKR-Ball war landesweit das Thema. Dass der Ball in Österreich mittlerweile ein solches hot topic geworden ist lässt sich durch die link(sradikale)n Kampagnen der letzten vier Jahre, die kontinuierlich von autonomer Seite geführt wurden, erklären. Die Medien berichteten schon im Vorfeld ausführlich über den WKR-Ball und die bevorstehenden Proteste. So gelang es immer wieder linksradikale Positionen einer breiteren Öffentlichkeit zu vermitteln. In vielen wichtigen landesweiten Zeitungen (z.B. Der Standard, Die Presse) wurde die antinationale Mobilisierung thematisiert und auch die Internetseite von »...umsGanze!« wurde direkt verlinkt. Dies ist umso bemerkenswerter, da es neben der gemeinsamen Mobilisierung von »antifanet« und »...umsGanze!« noch weitere Initiativen gegen den Ball gab: ein zivilgesellschaftliches Bündnis (Jetzt Zeichen setzen) sowie ein anderes linkes Bündnis (Offensive gegen Rechts). Zum ersten Mal regte sich gegen den WKR-Ball ein solch breit organisierter Protest. Dies ist wiederum ein ganz klarer Erfolg der autonomen, linken Arbeit der letzten Jahre, die es endlich schaffte den reaktionären rechten Ball aus seiner öffentlichen Grabesruhe zu hieven.

Dies zeigt deutlich, wie wichtig es für eine linksradikale Bewegung ist sich zu organisieren – und dies kontinuierlich. Für »...umsGanze!« zeigte sich, dass eine antinationale Organisation mit Kontinuität und Struktur es ermöglicht den Wirkungsgrad der eigenen Inhalte und Politik insgesamt zu erhöhen und an vergangene Erfolge anzuknüpfen, und dies für zukünftige Projekte zu nutzen.

Der Tag

Die Stimmungsmache des Verfassungsschutzes im Vorfeld (siehe Berichte Die Presse, Kurier) zeigte Wirkung: Ein Bus aus Frankfurt/Main wurde von einem martialischen Polizeiaufgebot bei Salzburg gestoppt und mehrere Stunden lang aufgehalten. Der komplette Bus wurde durchsucht - wie auch alle Reisenden, die sich einer Identitätsfeststellung unterziehen mussten. Ebenso gab es einige Hinweise darauf, dass die noWKR-Demo – wie in den letzten Jahren – verboten werden sollte. Aufgrund der Konzentration auf möglicherweise notwendigste Alternativpläne war die Demonstration zu Beginn work in progress. Dennoch: 1.800 Antifaschist_innen beteiligten sich an der noWKR-Demo – somit stellt diese den größten linksradikalen Protest in Wien seit Jahren dar. Dies ist definitiv ein immenser Erfolg. Der Demonstrationzug hatte einen kämpferischen Charakter, was auch das Interesse der Medien deutlich anzog. „Dicht zusammengedrängt und versteckt hinter Spruchbändern warfen sie Knall- und Leuchtkörper. Die Showeffekte waren dabei größer als das Gefahrenpotenzial für die zahlreichen Schaulustigen, die dem Spektakel auf Wiens größter Einkaufsstraße - teils in Sicherheitsabstand, teils leicht amüsiert – bei wohnten. Es schien fast so, als ob der berüchtigte Schwarze Block aus Deutschland die Öffentlichkeit förmlich suchte. Bereitwillig posierten die Vermummten für fast 100 akkreditierte Journalisten, Fotografen und Kameraleute, st entrollten Plakate [...]“. (Die Presse) In Wien hat offensichtlich das Konzept des Black Blocks schon aus Gründen der Öffentlichkeitsarbeit Sinn gemacht. Die Medienberichte waren sehr ausführlich und breit gestreut: neben allen österreichischen Zeitungen gab es einige Berichte in internationalen Medien wie Tagesschau, Spiegel online, L'Express, CBS News, BBC, Washington Post, Tagesschau, Spiegel online etc.

Die noWKR-Demo zog mit „Kommunismus – Schalalala“-Rufen und einem Großaufgebot an Pyrotechnik auf dem Heldenplatz ein – direkt vor der Hofburg in der die Burschis und ihre Fans feierten. Dort fand auch die Kundgebung des zivilgesellschaftlichen Bündnisses statt, die die Demonstrierenden mit beachtlicher Aufmerksamkeit und Applaus empfingen. Auf der Abschlusskundgebung am Heldenplatz waren bis zu 10.000 Menschen - die mit Abstand größte Manifestation gegen den WKR-Ball bisher. Ab ca. 21:00 Uhr versuchten verschiedene Gruppen die Zufahrten zur Wiener Hofburg zu blockieren. Dies gelang an einigen Stellen sehr erfolgreich, weshalb der Ball erst mit einer Stunde Verspätung beginnen konnte. Viele Ballbesucher_innen konnten diesen nur mehr unter Polizeischutz erreichen. Währenddessen zerstreuten sich einige Gruppen in der Innenstadt, und es kam immer wieder zum Austausch von handfesten Argumenten – teilweise in unmittelbarer Nähe einer zunehmend „überforderten Polizei“ (Die Presse). Nebenbei sei noch erwähnt, dass am Tag vor dem Ball die Webseite des Wiener Korporationsrings (WKR) gehackt und mit salutierendem Pony, Fahne und Hymne der UdSSR geschmückt wurde. All das war für FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache Anlass genug, um ernsthaft zu behaupten die Ballgäste seien „die neuen Juden von heute“. Dass eine solche Aussage, für die „jeder deutsche Politiker zurücktreten müsste“ (ORF), in Österreich zum normalen Ton der FPÖ – einer der größten Parteien des Landes – gehört, zeigt wie weit die völkische Version von Vergangenheitsbewältigung, Nationalismus und Antisemitismus in der österreichischen Gesellschaft noch verbreitet ist.

Die oben genannten Entwicklungen stehen bis jetzt keinem entschlossenen und vereinten antifaschistischen Widerstand gegenüber, auch wenn es wenige und lokale Erfolge von AntifaschistInnen zu verzeichnen gibt. Allgemein lässt sich sagen, dass die radikalen Räume unbeeiligt den Vormarsch der FaschistInnen in die Massenmedien, ins Parlament und in kommunalen Strukturen verfolgen; nicht zuletzt, da es sich dabei um politische Felder handelt, die die Radikalen traditionell nur oberflächlich berührt lassen. Aber damit gewährleisten sie das Vorankommen der Projektionen der FaschistInnen. In Bezug auf die faschistische „Öffnung zur Jugend“, die noch nicht so erfolgreich ist wie von den FaschistInnen erhofft, sehen die radikalen Räume deshalb auch keinen Grund zur Beunruhigung. Die zentrale Auseinandersetzung ereignet sich im Feld der „AnwohnerInnenkomitees“, die von vielen Radikalen als faschistisch gebrandmarkt werden und deshalb eine Reaktion bewirken, die immerhin dafür sorgt, dass nicht noch mehr Plätze in Athen unter rechtsradikale Kontrolle kommen.

Feld der Annäherung

Zum Schluss möchten wir anmerken, dass auch zwischen den mainstreamigen, neoliberalen politischen Räumen (sowohl von links auch von rechts kommend) und des radikalen Raums ein gefährlicher Schnittpunkt besteht, selbst wenn letztere in der Regel antifaschistische Reflexe dagegen hegen. Ein Beispiel: ganz aktuell zeichnet sich ab, dass sowohl die Radikalen wie auch alle KomformistInnen in Griechenland auf zwei völlig unterschiedliche, gegensätzliche Fragestellungen die gleiche Antwort geben – nur in differenziertem Vokabular: Es geht um die Fragen „Was hindert den Fortschritt unseres Landes und was hat es in die elende Lage der Krise geführt?“, die sich eher die nationale Mehrheit stellt, und die Frage „was hindert die Entwicklung einer Klassenbewegung in Griechenland?“

Für die Neoliberalen und die Rechten lässt sich dieses „etwas“ aus der ersten Frage, was für die Stagnation des Landes verantwortlich ist, in dem sogenannten „Phänomen der Anomie“ finden – ein scheinbar homogenes Missverhältnis, was vom Abschreiben der SchülerInnen in den Klausuren anfängt und sich über dem sogenannten „fakelaki“, der Kriminalitätsrate, dem „illegalen Handel“ von KleinverkäuferInnen migrantischer Herkunft bis hin zur Korruption zieht.

Für die Linken bzw. die AnarchistInnen wird dieses Phänomen zuletzt im Begriff „sozialer Kannibalismus“ gefasst. In diesem vereinen sich „das Drogenproblem“, die Raubzüge „fremder Mafiabanden“ (!) in Exarchia, die Morde im Zentrum Athens und vieles mehr. Es soll festgehalten werden, dass die „TäterInnen“ bloß Nicht-GriechInnen sind. In der „Analyse“ des „sozialen Kannibalismus“ sind also die „Fremden“, die nicht die revolutionären Visionen der griechischen AnarchistInnen akzeptieren und sich nicht im Klassenkampf tummeln, an der Misere schuld. Mit solch einer Stigmatisierung flüchten die ausgestoßenen „Fremden“ - so der linksanarchistische Tenor – ins kleine oder auch große Verbrechen gegenüber den GriechInnen, die dann ihren Part erledigen und den „fremden Verbrecher“ gegenüber

rassistisch auftreten, also nach dem Leitfaden: „der eine entwickelt das kannibalische Verhalten gegenüber den anderen und alle zusammen führen die Gesellschaft ins ... Chaos“.

Diese Sichtweise entzieht sich natürlich jeder möglichen Auseinandersetzung mit der Säure des unteren Rassismus in Griechenland, da er gleichermaßen Verantwortung an die TäterInnen und Opfer des Rassismus verteilt. Das zentrale Problem lässt sich wohl oder übel mit der bekannten und vielerzählten „Kriminalitätsrate“ fassen – egal, mit welchem ideologischen Begriff sie auch überstülpt wird.

Festgehalten werden sollte auch, dass diese ideologische Konstruktion und Umstellung heute dort erscheint, wo die MigrantInnen häufig „in Vorschein“ treten: also im Zielfeld der zentralen politischen Szene. Damit das verständlich wird, sei an dieser Stelle erwähnt, dass der ehemalige Premierminister G. Papandreou den Chef der Opposition um Hilfe bei den Verhandlungen mit dem IWF gebeten hat, worauf hin dieser wissen ließ, dass er die Anfrage nur unter bestimmten Bedingungen annimmt: u.a. sollte eine Verhärtung in der Migrationspolitik erfolgen.

Vielleicht sind dies Gründe dafür, warum letztendlich sehr wenige (nur einige Dutzend) aus dem anarchistischen, antirassistischen und antifaschistischen Raum dem großen Angriff auf MigrantInnen (Verhaftungen, Zerstörung der Handelsware, Verprügelungen usw.) gegenüber standen; als insbes. KleinverkäuferInnen migrantischer Herkunft den ganzen Januar 2012 außerhalb der Wirtschaftsuni Athens (ASOEE) und der Jura-Fakultät Athens von Bullen, Kommunalbullen, dem Handelsverein Athens und den universitären Institutionen traktiert wurden..

Mit anderen Worten: wenn die Geschäfte Athens erneut zum Schlussverkauf läuten – wie jährlich nach der Weihnachtszeit – ist es absolut ok für die bekannte antikapitalistische griechische Linke, dass die Riotpolizisten MAT den griechischen Markt sichern, bloß damit dieser keine wirtschaftliche Schäden durch nicht-offizielle migrantische HändlerInnen in den zentralen Straßen Athens Patisision und Akadimias davonträgt. Wenn zur gleichen Zeit der Präsident der Handelskammer Athens, der Herr Michalos, sich wegen den migrantischen KleinverkäuferInnen empört und sofort die MAT täglich gegen diese mobilisiert werden, so hat das ja auch rein gar nichts damit zu tun, die „MAT als Besatzungsmilitär von Troika und Memorandum“ zu verteufeln. Also warum sollten wir uns hinsetzen und die Klappe halten?

Mit dieser Reaktion aber, über das was passiert und nicht wahrgenommen wird, geht der in Griechenland tatsächlich bestehende, zentrale Kannibalismus von den griechischen politischen Räumen aus. Ob es sich dabei um radikale Räume handelt oder nicht: die griechischen ArbeiterInnen und griechischen Kleinbürger stehen im Verhältnis gegen die MigrantInnen – seien diese ArbeiterInnen oder nicht.

*Antifa Casa del Campo,
acdc.espivblogs.net/*

*Aus dem Griechischen übersetzt
von John Malamatinas und Said Jarrah.*

Schünemann, Wargel, Kruse & Co. in Rente schicken!

Am 10. Januar diesen Jahres lud der RCDS Göttingen zu einer Veranstaltung in einem Hörsaal in der Universität Göttingen ein. Vortragende waren der niedersächsische Innenminister Uwe Schünemann und der Göttinger Polizeipräsident Robert Kruse. Einmal mehr sollte es um den Schutz vor Anschlägen von „rechts- und linksextremistischen Gruppierungen“ gehen und einmal mehr entblödeten sich die Veranstaltenden nicht, den Extremismusbegriff aus der Mottenkiste zu ziehen

Dieser zeichnet sich als ein politischer Kampfbegriff des Verfassungsschutzes und seiner Fans in der Politik aus mit dem Zweck, das Streben nach einer vernünftigen, emanzipatorischen Gesellschaft mit der Barbarei der Nazis gleichzusetzen. Selbst in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung werden „HufeisentheoretikerInnen“ nicht für ernst genommen.

Neben der bereits zum wiederholten Mal geäußerten Kritik am Extremismusbegriff lohnt sich auch ein kritischer Blick auf die Referenten. Schünemann, nieder-

sächsischer Innenminister, ist bekannt für seine rigorose Abschiebepolitik und erhielt mit dem ersten nachgewiesenen polizeilichen Einsatz einer Überwachungsdrohne bei politischen Versammlungen zum wiederholten Male den „Big Brother Award“.

Man kann deutlich sehen, was einem law-and-order-Politiker einfällt, wenn es um Gewaltprävention geht. Anstatt die gesellschaftliche Dimension dieser zu erkennen, verlegt er sich auf Repression, so fordert er beispielsweise den Einsatz der Bundeswehr im Inneren, die Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung und nicht zuletzt das mehr als lächerliche Verbot von „Killerspielen“. Als Rechtfertigung für seine Ansinnen wird regelmäßig der Schutz der Verfassung herangezogen. Es ist also nicht weiter verwunderlich, dass sich Schünemann mit Kruse, dem ehemaligen Vizepräsident des niedersächsischen Verfassungsschutzes (VS), auf ein Podium setzt.

Der Verfassungsschutz, in letzter Zeit vor allem wegen seiner tatkräftigen Mithilfe bei einer von Neonazis be-



angenen Mordserie in der Kritik, muss als Institution von der Polizei getrennt sein. Das ist eine der wenigen Lehren, die die BRD strukturell aus ihrer nationalsozialistischen Vergangenheit gezogen hat. Doch genau dieses Trennungsgebot wurde mit dem Amtsantritt Robert Kruses aufgehoben. So tauschte er, nun Göttinger Polizeipräsident, mit seinem Vorgänger, dem heutigem Präsidenten des niedersächsischen VS, Hans-Werner Wargel, praktisch die Plätze und die Kompetenzen. Solcherlei personelle Verstrickungen zwischen den Behörden zeigen, wie inhaltsleer das Geschwätz von der zu schützenden Verfassung eigentlich ist. Da Schünemann nicht nur als Charaktermaske der polizeilichen Repression nervt und gefährlich, sondern auch ein technokratischer Deutscher mit dem Hang, Abschiebungen strikt nach Gesetz ohne Härtefallregelungen zu vollziehen, ist, riefen viele unterschiedliche Gruppen und Initiativen zu Protesten gegen die Veranstaltung auf.

Bis zu 400 Menschen versammelten sich am Abend des 10. Januar vor dem Hörsaal um gegen die Veranstaltung und die Referenten zu protestieren. Neben einer un-

bersehbar großen Menge an offenbar Verbindungskreisen zugehörigen ZuschauerInnen war natürlich auch die Polizei vor Ort. Die Erlaubnis dafür wurde zuvor von der Universitätsverwaltung erteilt, denn generell ist es der Polizei eigentlich nicht gestattet, den Göttinger Campus zu betreten.

Der Einsatz der Polizei gipfelte nach Handgreiflichkeiten gegenüber Menschen, die sich im Bereich der Hörsaal-türen aufhielten, in einer drastischen Ausübung des staatlichen Gewaltmonopols gegen die Protestierenden, bei dem es mehrere Verletzte gab. Ohne ersichtlichen Grund stürmte eine Polizeieinheit in die Menge und schlug insbesondere auf die Köpfe der Demonstrierenden ein. Ein beim ndr veröffentlichtes Video, welches diese Situation festhielt, sorgte in den Tagen nach der Veranstaltung für Aufsehen. Die ausgeübte Gewalt von Seiten der Polizei war hier zweifelsfrei zu erkennen.

Die Veranstaltung zog im Nachhinein großes mediales Interesse auf sich und die Verhältnismäßigkeit des Einsatzes wurde, wohl auch geschürt durch die gut dokumentierten Übergriffe auf die Protestierenden, in mehreren Zeitungen kontrovers diskutiert. Die verletzten DemonstrantInnen haben sich derweil eine Anwältin genommen und gehen nun rechtlich gegen die gewalttätigen PolizistInnen vor. Es bleibt also spannend.

Politisch ist die Veranstaltung zumindest als Teilerfolg zu werten. Trotz kurzer Mobilisierungszeit kam eine beachtliche Anzahl von DemonstrantInnen zusammen und obwohl die Veranstaltung selbst zwar gestört, aber nicht verhindert werden konnte, war Schünemann immerhin genötigt, das Universitätsgebäude abgeschirmt, heimlich und leise durch einen Hintereingang zu verlassen.

redical M

Resümee

Die diesjährige noWKR-Demonstration war die erste größere Aktion von »...umsGanze!« in Österreich - und ein großer Erfolg. Es gelang eine der erfolgreichsten linksradikalen Mobilisierungen der letzten Jahre in bzw. nach Österreich zu starten. Das große Medienecho hat uns positiv überrascht. Dadurch war es mögliche antinationale Positionen einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen, und den Organisationsansatz von »...umsGanze!« vorzustellen. Von so viel Aufmerksamkeit kann »...umsGanze!« in Deutschland zur Zeit leider nur träumen. Es ist allerdings auch fraglich, inwiefern antinationale Positionen durch kleine Statements in den Medien klar gemacht werden können. Wir denken aber, dass wir immerhin das Interesse bei einigen wecken konnten, und die bestehenden Strukturen in Wien mit diesem Erfolg an die vorangegangenen anknüpfen und weiter aufbauen können. Die Proteste gegen den WKR-Ball haben insgesamt zu einer Verschiebung der gesellschaftlichen Stimmung beigetragen. Unabgegolten aber bleibt unsere Kritik: denn das Problem ist nicht, dass der WKR-Ball in der Wiener Hofburg stattfindet oder dass dieser dem Standort Österreich in der Welt schadet. Unsere Kritik richtet sich nach wie vor gegen den alltäglichen Skandal namens Kapitalismus - und somit gegen gesellschaftliche Verhältnisse, die Sozialchauvinismus und Nationalismus, wie auch Rassismus und Antisemitismus hervorbringen, und für viele Menschen leider immer wieder aufs Neue plausibel erscheinen lassen.

Den Schwung aus Wien möchten wir daher auch für die nächste Aktion „M31 – European Day of Action against Capitalism“ mitnehmen, um dort unsere Kritik am kapitalistischen Normalzustand, der eben Krisen einschließt, auf europäischer Ebene deutlich zu machen. Infos dazu findet ihr auf <http://march31.net>! Wir bedanken uns bei allen, die die noWKR-Demo unterstützen und ermöglicht haben, und ganz besonders bei unserer Bündnis-Gruppe autonome antifa [w]. Sollte der reaktionäre WKR-Ball nächstes Jahr noch immer nicht auf dem „Müllhaufen der Geschichte“ angekommen sein, werden wir gerne wieder deutlich machen: We don't feel like dancing!

Hoch die Antinationale Solidarität!

Theorie & Praxis – Dates:

M31 in Bremen:

Aktuelle Infos unter: bremen.march31.net

M31 in Göttingen:

Dienstag, 28. Februar | JuzI | 21.30 Uhr

„Zwei Jahre kapitalistische Kahlschlagspolitik in Griechenland“

Veranstaltung mit Ralf Dreis (FAU Frankfurt/M.)

Am 28. Februar 2012 findet im Rahmen der ASJ Theke „Le chat noir“ eine Veranstaltung mit Ralf Dreis von der FAU Frankfurt statt. Er stellt seine Analyse über die Politik der Troika aus EU-Kommission, EZB und IWF und deren Auswirkungen auf die griechische Gesellschaft vor. Außerdem berichtet er über den Widerstand gegen die kapitalistische Ausplünderung, Landbesetzungen, Kollektivbetriebe, Basisgewerkschaften und vieles mehr. Weitere Themen werden die anarchistische Bewegung, andere emanzipatorische Chancen der „Krise“ und das Erstarken rechter Strukturen in Griechenland sein.

Im letzten Teil der Veranstaltung wird schließlich ein Ausblick auf die internationale Zusammenarbeit antiautoritärer, anarchistischer und linksradikaler Gruppen und anarchosyndikalistischer Gewerkschaften und den antikapitalistischen Aktionstag am 31. März 2012 gegeben.

veranstaltet von: ASJ Göttingen

Samstag, 10. März | JuzI | 23 Uhr

„M31 warm up-Party“

mit common time music and special guests

veranstaltet von: Antikapitalistisches Krisenbündnis Göttingen

Dienstag, 13. März | Achtet auf Ankündigungen

zum Veranstaltungsort! | 19.30 Uhr

„Krise in Theorie und Praxis“

Podiumsdiskussion mit Thomas Ebermann, Thomas Seibert und »... ums Ganze!«

Der europaweite Aktionstag gegen den Kapitalismus am 31.3. liefert den Anstoß sich noch einmal mit der aktuellen

Krise und ihren Folgen auseinander zu setzen. Wie kann theoretisch gefasst werden was derzeit in Europa im Allgemeinen und hinsichtlich der Eurokrise im speziellen geschieht? Welche praktischen Konsequenzen sollte die Linke vernünftigerweise ziehen, um auch im traditionell ruhigen Deutschland für Wirbel zu sorgen?

veranstaltet von: redical M

Freitag, 16. März | Marktplatz/Gänseliesel | 18 Uhr

„Über die Verhältnisse leben!“

Ravedemo (siehe Aufruf auf Seite 5)

veranstaltet von: Antikapitalistisches Krisenbündnis Göttingen

Dienstag, 21. März | Café Kabale | 20 Uhr

„Krisenprozesse und Staatsschulden“

Vortragsveranstaltung (vgl. Artikel ab Seite 1)

veranstaltet von: redical M

Samstag, 24. März | Theaterkeller | 20 Uhr

„Göttingen goes M31“

Mobilisierungsveranstaltung mit Buskartenverkauf zur Demo am 31. März in Frankfurt/M.

veranstaltet von: Antikapitalistisches Krisenbündnis Göttingen

Aktuelle Infos unter: goettingen.march31.net

M31 in Hannover:

Mittwoch, 29. Februar | UJZ Korn | 20 Uhr

„Zwei Jahre kapitalistische Kahlschlagspolitik in Griechenland“

Veranstaltung mit Ralf Dreis (FAU Frankfurt/M.)

veranstaltet von: FAU Hannover

Montag, 5. März | UJZ Korn | 20 Uhr

„Krisen, Kriege, Kämpfe: Die verborgene Agenda der Finanzkrise“

Diskussionsveranstaltung mit Detlef Hartmann

veranstaltet von: Antifaschistische Aktion Hannover [AAH]

Freitag, 9. März | Uni Hannover | 19 Uhr

„Die Krise als Chance?“

Podiumsdiskussion. Mag Wompe (Redakteurin der Internetplattform LabourNet), Frank Engster (Autor aus Berlin) und Thomas Sablowski (Dozent der Uni Frankfurt/M.) diskutieren die Frage, inwiefern die aktuelle Krise Chancen zur emanzipativen Überwindung des Kapitalismus bietet.

veranstaltet von: Krisenbündnis Hannover

Samstag, 10. März | Uni Hannover | 11 bis 19 Uhr

„Die Sterne vom Himmel holen!“

Workshops und Diskussionen zu verschiedenen Themen.

veranstaltet von: Krisenbündnis Hannover

Montag, 12. März | UJZ Korn | 20 Uhr

„Portugal: Neoliberale Krisenbewältigung und soziale Kämpfe“

Diskussionsveranstaltung

veranstaltet von: Antifaschistische Aktion Hannover [AAH]

Aktuelle Infos unter: eurokrise.blogspot.de

M31 in Köln:

Aktuelle Infos unter: no-racism.de

Weitere Infos zu M31:

march31.net & umsganze.org

Gegen Burschenschaften!

Samstag, 2. Juni | Marktplatz Eisenach | 14.30 Uhr

„Eisenach 2012: Den Burschentag zum Desaster machen || Zweite Phase - Der Countdown läuft

Demonstration gegen den „Tag der deutschen Burschenschaft“

gegenburschentage.blogspot.de